

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Auch die heute vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe so besonders herausgestellte Aufgabe für die "Parlamentarische Staatssekretärin Klinikum Aachen" war ein Vorschlag der F.D.P.

Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung war manchmal reichlich kompliziert. Ich denke dabei an die Stelle des Pressesprechers der Landesregierung. Nur nach nachdrücklichem Insistieren unter Hinweis auf die Praxis im Bund gelang es zu erfahren, daß hier seit dem 1. Januar 1986 eine Besoldung in der Höhe des Staatssekretärsgehaltes geleistet wird. Es ist politisch vielleicht verständlich, daß er, nachdem seine Stellvertreterin Staatssekretärin wurde, zumindest besoldungsmäßig gleichgestellt wurde.

Die Arbeitsgruppe hat in den nächsten Monaten viel Arbeit zu leisten, wenn der Erfolg erreicht werden soll, der uns allen vorschwebt. Ich wünsche uns dazu eine sachgerechte Behandlung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ist die Beratung zum 2. Beratungsblock abgeschlossen.

- (B) Ich rufe auf

Beratungsblock 3

Umwelt - Landwirtschaft - Wirtschaft - Wohnen - Verkehr

das heißt:

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

auf und eröffne die Beratung.

Das Wort hat Herr Abg. Hegemann für die Fraktion der CDU.

Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich glaube, das Wenige, das wir heute an Gemeinsamkeiten haben, ist die verschleppte Grippe, mit der wir beide zu kämpfen haben. Ansonsten

geht es jetzt, wie ich glaube, ein bißchen zur Sache. (C)

(Minister Matthiesen: Also rund!
- Dreyer (CDU): Zur Sache,
Schätzchen!)

Meine Damen und Herren, schon im Jahre 1985 sagte der Minister bei den Haushaltsberatungen für das laufende Haushaltsjahr, daß der Einzelplan 10 ein Ausdruck der ökologischen Erneuerung für das Land Nordrhein-Westfalen sei. Schon damals haben wir diesen Ansatz in bezug auf den Haushalt 1986 nicht gesehen. Der jetzige Entwurf, der um viele Millionen DM dezimiert ist - es fließen Millionen Mittel in andere Einzelpläne -, kann dann wohl erst recht nicht die ökologische Erneuerung sein, von der Sie in Ihrer Einbringungsrede auch in diesem Jahr gesprochen haben, Herr Minister.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo soll denn die große ökologische Erneuerung sein? Wo soll denn das stattfinden, was Ihr Vorgänger einmal "Versöhnung des Malochers mit dem Waldläufer" genannt hat?

Ein Schüler hat an mich die Bitte herangebracht, ihm doch einmal Informationsmaterial über die ökologische Erneuerung des Landes zu besorgen. Ich habe mich an Ihr Haus gewandt und fand zunächst keinen Mitarbeiter, der mir Informationsmaterial zur Verfügung stellen konnte.

(Minister Matthiesen hält eine Broschüre hoch.) (D)

Jetzt werden Sie natürlich sagen: Nennen Sie mir die Namen der Mitarbeiter, dann werden wir das klären. Ich habe dann die Broschüre bekommen und muß sagen: Ihre Broschüren sind unheimlich gut,

(Elfring (CDU): Aber nur die Broschüren!)

im Gegensatz zu dem, was Sie an Politik machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Pressewirksam auftreten, das kann der Minister. Auch die Abgeordneten in Ausschüssen beruhigen! Es ist gekonnt, wie er das macht. Nur: Der gute Umgang mit einem Abgeordneten ersetzt noch keine gute Politik, Herr Minister.

(Erneut Zustimmung bei der CDU
- Wendzinski (SPD): Das ist die Voraussetzung für einen guten Minister.
- Dr. Linssen (CDU): In diesem Lande muß man mit vielem zufrieden sein.)

(Hegemann (CDU))

- (A) - Ach, Herr Wendzinski, daß für Sie alle Minister gut sind, ist doch ganz klar. Sie loben doch die Regierung über den grünen Klee. Ich komme übrigens gleich noch darauf. Ich werde Sie zwar nicht über Gebühr zitieren - das haben Sie nicht verdient -, aber mit einem Satz kommen Sie gleich auch noch hier vor.

(Heiterkeit bei der CDU)

Also die Öffentlichkeitsarbeit - die "Abteilung Verkauf" - klappt hervorragend. Nur: Wenn Sie die Anträge der SPD-Fraktion zur Stellenausweitung im vorliegenden Haushaltsplan hören, dann wird als Deckungsvorschlag zur SPD-Fraktion "Forschungsprogramm Waldschäden!" herübergerufen. Das könne ruhig als Deckungsvorschlag gebracht werden. Lesen Sie, Herr Minister, aber einmal, was in Ihrer Broschüre zu den Waldschäden über den notwendigen Forschungsaufwand steht.

(Zustimmung bei der CDU)

In der Broschüre schreiben Sie nämlich: Es ist noch viel zu forschen. Es sind auch einige gute Forschungsprogramme angelaufen; das ist gar keine Frage. Aber sobald es darum geht, sich in der Öffentlichkeit irgendwo ins rechte Licht zu rücken, haben Sie keine Skrupel, dies als Deckungsvorschlag zu bringen.

- (B) Ich glaube, zur ökologischen Erneuerung im Zusammenhang mit dem Thema Waldschäden ist die letzte wissenschaftliche Antwort noch nicht gegeben. Oder ist es etwa ökologische Erneuerung, wie Sie die TEMES-Stationen ausbauen? Mir wäre viel lieber, wenn Sie Schadstoffe in der Luft messen würden, die nicht so im Tagesgespräch sind, wenn Sie zum Beispiel krebserregende Stoffe, polycyclische Aromaten messen würden und nicht die Stoffe, von denen die Experten sowieso wissen, wann und wo sie in der Luft sind. Hier sollten Sie mobile Meßstationen zur Verfügung stellen und nicht nur die Bevölkerung zu beruhigen.

(Dr. Linssen (CDU): Dasselbe wie beim Rhein!)

Das gehört aber wohl zu Ihrem Szenario dazu.

Meine Damen und Herren, in letzter Zeit wird sehr viel von vorsorgender Politik gesprochen. Ist die Politik, Herr Minister, die Sie bei der Entsorgung von Sondermüll betreiben, eigentlich eine vorsorgende Politik? Ist dies irgendwo Vorsorge?

(Minister Matthiesen: Das ist ein schönes Thema!)

(C) - Das ist ein schönes Thema. Sie werden sicherlich gleich darauf antworten. Aber das hat mit Vorsorge nichts zu tun.

Wenn heute die Grünen sagen, daß die deutsche Industrie mehr Sondermüll produziere, als entsorgt werden könne, ist man, glaube ich, auf dem Weg der grünen Ideologie schon einen gehörigen Schritt weiter. Wegen der nichtbestehenden Möglichkeiten der Entsorgung will man doch einen Ausstieg aus dieser Industriegesellschaft in der Weise erreichen, daß Anlagen abgeschaltet werden müssen - eben weil der Staat es nicht geschafft hat, für Entsorgung zu sorgen.

(Nagel (CDU): Erwischt! Erwischt!)

Wir können hier über Gemeinsamkeiten sprechen, Herr Minister. Wir wissen, daß einiges an Mauern auch quer durch die Fraktionen geht. Aber ich würde mich freuen, wenn auch Kollegen aus diesem Hause vor Ort in ihrem Wahlkreis zu Entsorgungsfragen genauso Stellung nähmen, wie sie es großspurig hier in diesem Parlament machen.

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Ich meine, da klafft die große Lücke zwischen den Worten im Landtag und den Taten vor Ort.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, ökologische Erneuerung bei der Lösung der Probleme der Altlasten im Ruhrgebiet? Sie werden sicherlich gleich sagen: Die Mittel, die im Haushalt stehen, sind noch gar nicht ganz abgeflossen. - Und sie werden dies als Kriterium für Ihre große Leistung ansehen.

(Wendzinski (SPD): Nein, erst muß Bonn seine Verpflichtungen gesamtstaatlicher Art erfüllen! - Weiterer Zuruf von der SPD: Da hapert es!)

- Darauf können wir zurückkommen: Bonn hat überhaupt keine Verpflichtungen in der Frage. Schauen sie mal ins Grundgesetz, Herr Wendzinski. Dann werden Sie wissen, wo hier die Verantwortlichkeiten liegen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe dies schon an anderer Stelle erwähnt.

Hier gibt es immer die große Nummer, was Nordrhein-Westfalen alles macht. Aber wenn Nordrhein-Westfalen mal irgendwo nicht selber klarkommt, sagt man: Da ist eine gesamt-

(Hegemann (CDU))

- (A) staatliche Verantwortung. Das können wir nicht alleine lösen. Das muß Bonn lösen. - Also, machen Sie mal Lösungsvorschläge, um diese Altlastenproblematik in den Griff zu bekommen. Da ist ja wieder einiges vorgeschlagen worden, nachdem der Vorstoß über den Bundesrat gescheitert ist. Und es gibt andere Modelle, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, die in hervorragender Weise zeigen, wie man auch als Land hier eine Problemlösung gestalten kann.

(Wendzinski (SPD): Für drei Altlasten?)

- Ja, die eine Altlast ist wahrscheinlich der Fraktionsvorsitzende der SPD. - Also, die drei Altlasten sind hier nicht die Frage. Andere Bundesländer haben gezeigt, wie man dieses Problem lösen kann.

Es geht hier auch nicht um die Frage, daß Leute im Ruhrgebiet, die irgendwo in der Nähe von Altlasten leben, reihenweise aus den Schuhen kippen, weil diese so gesundheitsgefährlich sind. - Natürlich geht von vielen Altlasten eine Gesundheitsgefährdung aus, aber nicht von allen. Das Problem im Ruhrgebiet ist, Herr Minister, daß Sie verhindern, daß sich dort bestimmte Industrien ansiedeln können. Sie verhindern hier eine vorsorgende Planung; denn es gibt viele Grundstücke im Ruhrgebiet, die einfach nicht auf den Markt zu bringen sind, weil keine Gemeinde das Testat geben kann: Dieses Grundstück ist altlastenfrei.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Damit erhöhen Sie die Unbeweglichkeit im Ruhrgebiet. Auch dies ist - das wird an anderer Stelle sicherlich noch gesagt werden - ein Stück Zukunftsblockade. Sie enthalten dem Ruhrgebiet hier ein Stück Zukunft vor, indem Sie dieses Thema immer weiter verschleppen. Die Diskussion ist mehr als sechs Jahre alt.

Sie haben jetzt auf Antrag der SPD etwas mehr im Manpowerbereich getan. Aber ein Problem erkennen und ein Problem lösen, ist zweierlei. Erkannt ist es seit langem, auch in Ihrem Ministerium; gelöst worden ist es nicht.

Wie sieht es mit dem Lärmschutz in Nordrhein-Westfalen aus? Wir haben ein Landesimmissionsschutzgesetz. Damals ist gesagt worden, hier habe man ein Instrument, den Lärm in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu mindern. Wir haben auch das Instrument eines Emissionsminderungsplanes. Nur hat keine Gemeinde bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf eigene Kosten einen Emissionsminderungsplan aufzustellen. Das Gesetz ist

seit zwei Jahren da. Die Befürchtungen, die wir hatten, daß aufgrund der finanziellen Ausstattung der Gemeinden diese dazu nicht in der Lage sein würden, sind eingetreten. Jetzt läuft das eine oder andere Modellvorhaben mit Unterstützung des Landes an - weil Sie festgestellt haben: Alleine werden die Gemeinden dies nie schaffen. Nur, wir haben keinen rechtskräftigen Lärminderungsplan in irgendeiner Gemeinde in Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es also sicherlich auch nicht die ökologische Erneuerung, die dieses Instrument ermöglicht hätte.

Ich komme zu einem wichtigen Bereich, der gerade in diesen Tagen eine überaus große Rolle spielt. Ich meine den Gewässerschutz, im Moment die wichtigste Frage für und das große Defizit, meine ich, bei dieser Landesregierung - und das, Herr Minister, obwohl Sie vor Jahren als umweltpolitische Wunderwaffe aus Schleswig-Holstein hier einflogen worden sind. Dies ist also eines der ungelösten Probleme, und auch dies steht im größten Gegensatz zu Ihren vollmundigen Erklärungen, noch gestern.

Vieles, was Sie hier der Bundesregierung als Versäumnis zuschreiben wollen, ist Ihre originäre Aufgabe. Wir wissen übrigens, daß in jeder Presseerklärung von Ihnen am Anfang oder am Ende, meistens aber zweimal, steht, daß das, was Sie machten, besser als das sei, was der Herr Wallmann mache.

(Gorlas (SPD): Das stimmt auch!)

Also der Herr Wallmann muß für Sie in der Tat ein schwerer Brocken sein.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Es gibt doch keine Erklärung, in der dies nicht vorkommt. Und ich muß sagen: Sie haben auch recht. Seitdem der Herr Wallmann da ist, geht es für Sie bergab.

(Beifall bei der CDU)

So sieht es aus. Der ist kurz vor der Wahl in Niedersachsen gekommen. Und seitdem geht es: Weiter so Deutschland.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der SPD: Eine Werbeaktion ist das!)

Meine Damen und Herren, in dieser Diskussion geben wir Ihnen in vielen Punkten recht. Wir liegen in allen Bereichen gar nicht so weit auseinander. Wir sind im Ausschuß viel konstruktiver, als dies in Ihrer Öffentlichkeitsarbeit den Anschein hat. Wir werden unsere Anträge nach der Bundestagswahl in

(C)

(D)

(Hegemann (CDU))

- (A) Ruhe gemeinsam beraten. Dann braucht nicht soviel mit heißer Nadel gestrickt zu werden. Dann braucht nicht soviel an verbalem Umweltschutz praktiziert zu werden wie im Moment. Das werden wir schon schaffen. Wir werden auch zeigen, das in Nordrhein-Westfalen einiges nachzuholen ist.

Wir werden nicht zulassen, daß die chemische Industrie und die pharmazeutische Industrie unisono verteuert werden. Diese Industrien gehören zu den bedeutendsten Industrien ihrer Art in der Welt, wenn nicht die deutsche chemische Industrie sogar die bedeutendste in der Welt ist.

Wir wissen auch, daß es in vielen Bereichen verantwortliche Mitarbeiter gibt: verantwortliche Facharbeiter, verantwortliche Aufsichtskräfte und verantwortliche leitende Kräfte. Wir werden mit ihnen mit aller Härte gegen die vorgehen, die irgendwo kriminelle Energie entwickeln; denn dies kann nicht geduldet werden. Aber ich verwahre mich dagegen, das so darzustellen, als wenn die gesamte chemische Industrie oder die gesamte pharmazeutische Industrie hier kriminelle Energie entwickelt.

Was haben Sie denn dann gemacht? Herr Wendzinski, Sie haben gesagt, eine Öko-Eingreiftruppe oder etwas Ähnliches wollten Sie haben. Man stellt sich darunter ja so etwas Ähnliches wie die GSG 9 vor. Herr Kollege Linssen hat das schon einmal angesprochen. Eine vornehme Aufgabe wäre ja wohl, Umweltschäden oder Beeinträchtigungen der Umwelt zu verhindern. Eine Öko-Einsatztruppe ist aber genau wie die GSG 9 eine Nachsorge-Einrichtung.

(B)

(Wendzinski (SPD): Wir machen beides: Vorsorge und Nachsorge, und noch darüber hinaus.)

- So, Vorsorge und Nachsorge. Herr Kollege Strehl wird das ja gleich erklären.

Dann gibt es den Begriff der Umweltpolizei. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Professor Farthmann, hat das ja einmal erwähnt. Es macht sich unheimlich gut in der Öffentlichkeit, wenn eine Partei sagt: Eine Umweltpolizei muß her! Nun fragen wir uns alle: Was ist das? Es ist nicht nur die Opposition, die das fragt; es fragt zum Beispiel auch -

(Dr. Linssen (CDU): Antwerpes!)

- Richtig, der Herr Antwerpes ist Regierungspräsident und gehört nach meiner Erinnerung nicht der CDU an.

(Schumacher (Kall) (CDU): Das wäre ja noch schöner!)

Er fragt: Da geht dann irgend jemand hin - das sind Sie wahrscheinlich, Herr Professor Farthmann - und fordert eine Umweltpolizei. Ja, was ist das? Ist das ein Polizist mit zusätzlicher grüner Binde und Meßröhrchen unter dem Arm? "Umweltpolizei" heißt für den Regierungspräsidenten, daß er bei Kontrollen und der Verfolgung von Verstößen verschiedene Dezernate seiner Behörde einsetzen muß: Ziel sei es, daß die Ressorts besser miteinander kooperierten.

(Dr. Linssen (CDU): Ja, da liegt der Fehler!)

Das ist also die Umweltpolizei. Der Regierungspräsident gibt Ihnen eine schallende Ohrfeige, weil dieser Bereich in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht funktioniert hat,

(Zustimmung bei der CDU)

genausowenig wie die Koordination nach Tschernobyl funktioniert hat. Sie haben es allerdings verstanden, hier eine Umorganisation in der Landesregierung vorzunehmen, und zwar ohne größere öffentliche Beteiligung. Wäre dies nämlich öffentlich geworden, wäre auch das ganz Desaster in Ihrem Hause nach Tschernobyl öffentlich geworden. Hier gibt es erhebliche Defizite.

Was ist die Öko-Polizei? Herr Kollege Dautzenberg hat dies angesprochen. Es sind 20 Verwaltungsstellen, die mehr geschaffen werden. Das sind die Öko-Polizisten, die dafür sorgen, daß in Bimmen und in Honnef die Meßgeräte rund um die Uhr eingesetzt werden können. In Honnef wird die Belastung des Rheins beim Eintritt in unser Bundesland gemessen, und in Bimmen im Bereich Kleve geschieht das, wenn der Rhein unsere Region verläßt. Dort gibt es ein Fingerprint - eine sehr grobe Meßmethode. Mit ihr wird quantitativ so gut wie nichts nachgewiesen; mit ihr ist auch noch nie ein Stoff nachgewiesen worden, der zum Fischsterben geführt hat. Damit sind wohl Schwermetalle nachgewiesen worden. Ob es aber der große ökologische Schub ist, diese Einrichtung zu verstärken, bezweifle ich. Sinnvoll ist es allemal. Sinnvoll ist es auch, die Stellen in der Düsseldorfer Behörde zu verstärken. - Herr Gorlas, gerne eine Zwischenfrage von Ihnen!

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gorlas?

(Heiterkeit - Hegemann (CDU): Aber selbstverständlich, Herr Präsident!)

- Ich muß doch ganz korrekt fragen. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

- (A) Gorlas (SPD): Herr Kollege Hegemann, haben Sie sich denn schon einmal die Kontrollstationen in Honnef und in Bimmen angeschaut? Haben Sie sich schon einmal darüber sachkundig gemacht, was denn dort alles gemessen und bestimmt werden kann, oder reden Sie darüber wie ein Blinder von der Farbe?

(Dr. Linssen (CDU): Sag ihm mal die Ergebnisse!)

Hegemann (CDU): Also, ich weiß nicht, das Beispiel mit dem Blinden und der Farbe mag ja unheimlich gut sein. Ich rede auch manchmal über den Justizvollzug, obwohl ich nie im Knast gesessen habe.

(Sehr gut!, Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Frage, ob ich mir das selbst angesehen habe und ob ich mich sachkundig gemacht habe, betrifft zweierlei. Ich habe ja gesagt

(Ministerpräsident Dr. Rau betritt den Sitzungssaal.)

- ach, da kommt er gerade! -:

(Heiterkeit)

Diese Meßmethoden sind wichtig, und wir sind auch dafür, daß die Meßstellen rund um die Uhr besetzt werden. Wir sind auch dafür, daß die Einrichtung des Landes in Düsseldorf rund um die Uhr besetzt wird. Es war ja so, daß nach dieser Schweinerei, die bei Sandoz passierte, ein Mitarbeiter ins Krankenhaus mußte, der ein bestimmtes Gerät bedient. Als dann der Störfall bei BASF passierte, war niemand mehr da, der messen konnte. Da mußte man den Mann mit gebrochenen Haxen aus dem Krankenhaus holen. Das wollen wir nicht, und deshalb sagen wir ja zu dieser Stellenausweitung.

Wozu wir nicht ja sagen, ist die Art und Weise, wie Sie hier Deckungsvorschläge anbringen. Bei 337 000 Landesbediensteten in Nordrhein-Westfalen muß es meines Erachtens möglich sein, ein paar Stellen herauszuquetschen, ohne den Stellenplan wieder insgesamt zu erweitern.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hätte ich von Ihnen erwartet; dazu waren Sie allerdings nicht in der Lage.

Ich will beim Thema "Öko-Polizei" bleiben. Der Ministerpräsident hat mir eben ein Stichwort gegeben, und ich habe vorhin gesagt, Herr Wendzinski würde noch erwähnt.

- Zu dieser Angelegenheit mit der Erweiterung der Meßstellen und der Erweiterung des Personals in Düsseldorf ist von Herrn Wendzinski gesagt worden, es sei nicht seine Idee gewesen, auch nicht die des Umweltministers, sondern es sei die Idee von Johannes Rau gewesen.

(Wendzinski (SPD): Weil wir in Kooperation arbeiten!)

Also, ich finde es unheimlich gut, daß Herr Rau weiß, wie viele Leute für die Bedienung eines Fingerprints in Bimmen zuständig sind. Da kann man einmal sehen, womit sich ein Ministerpräsident alles befassen muß.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es ist schon gut, wie Sie sich die Bälle zuwerfen.

Herr Minister, Sie sagen in jeder Pressekonferenz: Europäische Lösungen müssen her. - Sehr einverstanden! Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident mit Herrn Kinnock auch über Umweltprobleme gesprochen hat. Wir wissen, daß andere Länder in Europa die Umweltproblematik nicht so sehen wie wir. Es wird eine dauerhafte Arbeit für Europapolitiker und für jeden nationalen Politiker sein, hier für eine größere Sensibilisierung zu sorgen. Es gibt zum Beispiel kaum grenzüberschreitende Flüsse in Europa - denken Sie einmal darüber nach! -, soweit es sich um Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft handelt. Da gibt es den Tejo/Tajo, da gibt es die Rhone, den Shannon, und dann ist schon Feierabend. Insofern interessiert wahrscheinlich den griechischen Kollegen im Europaparlament diese Problematik überhaupt nicht; denn in Athen gibt es sehr - wahrscheinlich nicht einmal eine Kläranlage, und also interessiert die Kollegen wahrscheinlich auch kein Metakresol im Rhein. Hier gibt es also noch viele dicke europäische Bretter zu bohren.

Meine Redezeit geht dem Ende zu. Zwei Sätze zur Landesplanung! Herr Minister, nach der Katastrophe in Tschernobyl haben SPD und Landesregierung es in rasanter Geschwindigkeit geschafft, den LEP VI zu ändern, natürlich mit Beteiligung und unter Anhörung der Gemeinden.

Ich glaube, hiermit haben Sie gezeigt, daß Sie ein Stück Gemeinsamkeit in der Landesplanung verspielt haben; denn die Landesentwicklungspläne sollen aus dem aktuellen tagespolitischen Geschäft herausgehalten werden.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Hegemann (CDU))

- (A) Wo kann sich denn noch ein Kommunalpolitiker auf einen Landesentwicklungsplan verlassen, wenn kurzfristig eine Partei ihre Meinung ändert – innerhalb von Tagen! – und dann ein solches Instrument, das auf Dauer ausgelegt ist, mit Brachialgewalt ändert! Hier haben Sie, meine ich, ein Stück Glaubwürdigkeit verloren, Herr Minister. Sie haben keine ökologische Erneuerung in Ihrem Haushalt vorgesehen. Sie verlangen von der Chemie eine vorsorgende Produktionsweise, Sie verlangen eine vorsorgende Chemiewirtschaft. Ihre Politik in diesem Einzelplan 10 ist eine nachsorgende. Deshalb wird dieser Einzelplan von uns abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD spricht nunmehr Herr Abg. Strehl. Herr Kollege, ich erteile Ihnen das Wort.

Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Haushaltsplanberatungen des letzten Jahres zum Thema Umweltpolitik zu der heutigen Beratung in Beziehung setzt, so haben wir in der Zwischenzeit ein recht turbulentes Geschehen zu verzeichnen. Als wir vor etwa einem Jahr den Einzelplan 10 berieten, war für uns alle Tschernobyl überhaupt noch nicht vorstellbar. Tschernobyl hat uns aufgerüttelt und selbst diejenigen, die vielleicht noch etwas sorglos oder uninteressiert waren, zum Nachdenken gebracht.

(B)

Tschernobyl war wohl auch der Anlaß, daß wir jetzt – zumindest formal – ein Bundesumweltministerium haben. Die Ergebnisse des neuen Ministeriums in Bonn sind zwar noch recht dürftig; aber was noch nicht ist, kann ja noch werden!

(Wendzinski (SPD): So ist es! – Gegenrufe von der CDU)

Wir hier in Nordrhein-Westfalen haben den Problemen des Umweltschutzes schon seit Jahren eine zentrale Bedeutung beigemessen. Die ökologische und die ökonomische Erneuerung unseres Landes ist und bleibt zentrale Aufgabe der Landespolitik. Man kann es noch pointierter sagen, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen hat auf dem Gebiet der Umweltpolitik eine eindeutige Vorreiterrolle übernommen.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski und anderer Abgeordneter der SPD)

Man darf auch, lieber Kollege Hegemann, einmal darauf hinweisen, daß der Minister

darin einen ganz wesentlichen Anteil hat. Er verkauft nicht nur seine Politik, er macht auch gute Politik, Herr Hegemann; das sei hier unterstrichen!

(Zustimmung bei der SPD – Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

Die Funktion und die Arbeitsweise unseres Umweltministers Matthiesen sind nicht nur bei der SPD-Fraktion, in der Öffentlichkeit, in der Wirtschaft oder in den Medien geachtet, sondern überall dort, wo Sachverstand und Fachautorität gewünscht sind, ist Klaus Matthiesen dabei. Ich erinnere Sie noch an die Sendung am Sonntag um 19.10 Uhr "Blickpunkt Bonn", in der er ja eine differenzierte Meinung zu den Äußerungen von Bundesumweltminister Wallmann vertreten hat.

(Schauerte (CDU): Deswegen läuft der Wahlkampf von Herrn Rau auch so schlecht!)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auf zwei Punkte besonderes Gewicht legen, weil sie eine sehr starke Aktualität besitzen:

Zunächst zum Gewässerschutz, Herr Kollege Hegemann! Was Gewässerschutz heißt, haben wir in den letzten Wochen alle miteinander noch einmal erfahren können. Da wurden über viele Jahre Milliardenbeträge investiert. Da ist die Belastung des Rheines mit Schadstoffen endlich erheblich vermindert worden. Da konnten sich Angler endlich wieder über eine Vielzahl kapitaler Fische freuen. Da brauchten wir endlich nicht mehr tagtäglich um die Trinkwasserversorgung aus dem Uferfiltrat des Rheines zu bangen. – Doch da zeigten sich plötzlich Ereignisse, die deutlich werden ließen, wie gefährdet das ganze System in einer Industrieregion in Mitteleuropa ist. Alle diese Investitionen, die ich nannte, haben nicht ausgereicht, dauerhaften Schutz zu gewährleisten.

Dies alles darf aber kein Grund sein, aufzugeben, zu resignieren und sich frustriert zurückzuziehen. Wir leben in und von der Industriegesellschaft, und wir werden die Gefahren auch nur mit industriellen Mitteln verringern und beseitigen können. Wer da den Ausstieg aus der Industrie – auch aus der chemischen Industrie, Herr Hegemann! – reklamiert, löst die Probleme unserer Zeit nicht; da stimme ich Ihnen zu. Er wird vielmehr Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung fördern. Dies ist nicht unser Ziel.

Wir sind aber auch nicht so naiv zu glauben, daß die Industrie diese Probleme aus eigenem

(Strehl (SPD))

- (A) Antrieb löst und wir nur abzuwarten brauchen, wie die Lebenserfahrung zeigt. Die Lebenserfahrung zeigt nämlich, daß nur in der richtigen Kombination von gesetzlichen Forderungen, Motivation und Überwachung langfristige Erfolge zu erzielen sind. Die Anforderungen in Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Einzelerlassen müssen ständig der Entwicklung angepaßt und auf Schwachstellen überprüft werden. Hier stehen in der nächsten Zeit wichtige Beratungen ins Haus.

Zur Verstärkung des Gewässerschutzes gilt es, das Landeswassergesetz zu überarbeiten. Dabei sind nicht nur die Veränderungen der Bundesgesetze zu berücksichtigen, sondern insbesondere Vollzugserfordernisse im Hinblick auf ihre Praktikabilität und ihren Erfolg zu überdenken. Wir müssen prüfen, meine Damen und Herren, ob die Wasserverbandsgesetzgebung mit unseren heutigen Erkenntnissen und Vorstellungen noch übereinstimmt. Es gilt, die Grundwassergefährdung durch Altlasten, Landwirtschaft und durch den Umgang mit wasser- und bodengefährdenden Stoffen einzudämmen. Neue Regelungen zur Aufbringung der Kosten sind hierbei notwendig.

Aber alle noch so schönen Regelungen müssen auch überwacht werden, sonst bleiben sie Papiertiger, und nur die Gutwilligen halten sich jeweils daran.

- (B) Über den Umfang der Überwachung kann man natürlich streiten. Im Umweltschutz hat sich meines Erachtens die Kombination aus Selbstüberwachung und behördlicher Überwachung durchaus bewährt. Dennoch muß sich der Umfang der staatlichen Kontrolle an der Bedeutung der geschützten Rechtsgüter ausrichten.

In der Wasser- und Abfallwirtschaft geht es nun allerdings in den meisten Fällen in erster Linie um Vorsorge für die menschliche Gesundheit und erst in zweiter Linie um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung von ökologischen Systemen. Dabei ist der Meßaufwand sehr, sehr groß. Die gefährlichen Stoffe müssen im Grund- und im Oberflächenwasser in geringsten Spuren gemessen werden, da sie sich im Ökosystem anreichern und durchaus Langzeitwirkung zeigen.

Im Bereich von Abwasser und Abfall und bei den Altlasten gilt es ganz unterschiedliche Schadstoffe aufzuspüren und ausreichend genau nachzuweisen. Glücklicherweise verfügt die Landesverwaltung bereits über einen relativ guten Meßdienst, der einen Vergleich mit dem In- und Ausland nicht zu scheuen braucht. Dennoch gilt es einerseits den

Standard zu erhalten und andererseits die erkannten Schwachstellen auszumerzen. (C)

In diesem Zusammenhang machen uns zwei Bereiche Sorgen. Es geht zum einen um die Bewertung der Schädlichkeit und zum anderen um die kurzfristige Bereitstellung und Übermittlung der Daten an die zuständigen Stellen. Gerade die Vorkommnisse in der letzten Zeit haben schlaglichtartig das Defizit an Erkenntnissen über die Gefährlichkeit von umweltrelevanten Stoffen und ihre schnelle Verfügbarkeit deutlich gemacht.

Herr Minister Matthiesen hat in der Regierungserklärung am 26. November 1986 sehr plastisch dargestellt, wie schwierig und vor allem zeitraubend es ist, an einigermaßen verlässliche ökotoxikologische Daten zu kommen. Hier ist meines Erachtens der Bund gefordert, eine für die im Umweltschutz tätigen Behörden und Dienststellen jederzeit unmittelbar abrufbare Datei vorzuhalten. Hier müßten alle Informationen aus dem Umweltbundesamt, dem Bundesgesundheitsamt und der Biologischen Bundesanstalt zusammengestellt werden. Es ist ein Unding, wenn jedes Land diese Informationen selbst zusammenträgt und vorhält.

Ein anderes Problem scheint mir die Datenkommunikation im Lande zwischen den staatlichen und den kommunalen Dienststellen zu sein. Die Ereignisse von Tschernobyl im letzten Jahr und Sandoz in diesem Jahr haben gezeigt, daß Telefon und Fernschreiber nicht ausreichen und daß vor allem außerhalb der Dienstzeit so manche Dienststelle nur sehr schwer erreichbar ist. Hier erwarten wir, daß gerade im Umweltbereich die Probleme einmal überdacht und neue Wege aufgezeigt werden. (D)

Meine Damen und Herren, trotz der Vorfälle in den letzten Jahren kann man insgesamt wohl sagen, daß in der Gewässerschutzpolitik unseres Landes eine positive Bilanz zu ziehen ist. Wir können uns mit unseren Anstrengungen und Erfolgen sehen lassen. Sie sollten uns andere, die soviel von Umweltschutz reden, erst einmal nachmachen.

(Beifall bei der SPD)

Seien wir auf der anderen Seite aber nicht so übermütig zu glauben, daß sich bei uns das eine oder andere nicht noch verbessern ließe. Wir sind alle aufgerufen, miteinander praktische Umweltschutzpolitik zu betreiben.

In diesem Zusammenhang komme ich auf den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/1598 zu sprechen. Er enthält durchaus konstruktive und diskussionswürdige Aspekte. Er

(Strehl (SPD))

- (A) enthält aber auch einige Passagen, die man allenfalls mit dem Wahlkampf zu erklären vermag, Herr Dr. Linssen. Ich darf darauf hinweisen, daß einige Aspekte sowohl im Antrag der F.D.P.-Fraktion als auch im Antrag der SPD-Fraktion bereits impliziert sind und daß wir in der letzten Ausschusssitzung mit einer entsprechenden Diskussion bereits begonnen haben.

(Wendzinski (SPD)): Die CDU hat die Zeit verschlafen!

- Richtig, Herr Wendzinski.

Nun sagen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die ordnungsbehördlichen Aufsichtsmaßnahmen reichten in Nordrhein-Westfalen nicht aus. In welchem Bundesland sind denn die aufsichtsrechtlichen Maßnahmen besser als in NRW? Sagen Sie uns doch einmal, in welchem Land das besser klappt als in Nordrhein-Westfalen. Insofern ist Punkt 1 Ihres Antrages - zumindest aus unserer Sicht - überhaupt nicht verständlich.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

Wenn ich nunmehr auch die wahlkampfbezogenen Aussagen in Ihrem Antrag verdeutliche, wird klar, daß es sich lediglich um einen wahlkampforientierten Schwantrug handelt und daß keine Veranlassung besteht, über den konzeptionellen Teil, den konstruktiven Teil, wie er sich in einigen Passagen widerspiegelt, hinausgehend über etwas zu befinden. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls diesen Entschließungsantrag der CDU ablehnen.

(B)

Meine Damen und Herren, es ist in der Vergangenheit - insbesondere in den Ausschusssitzungen - schon deutlich geworden, daß in den letzten Wochen erhebliche Anstrengungen unternommen worden sind, um die Probleme bei der Wurzel anzupacken. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir zu Stellen zusätzlich schaffen wollen. Ich glaube, daß ist eine wirksame und sinnvolle Maßnahme, um im Alarmfall die Meßbereitschaft rund um die Uhr zu ermöglichen.

Wir unterstreichen auch ausdrücklich die zusätzlichen 2,5 Millionen DM für die Geräte und das Untersuchungsprogramm betreffend Früherkennung von gefährlichen Schadstoffkonzentrationen im Rhein. Auch hier ist ein wirksamer sachlicher Ansatz gegeben, den die SPD-Fraktion nachdrücklich unterstützt.

Das gilt auch für die personelle Verstärkung in den Gewerbeaufsichtsämtern, die im Blick auf Sondereinsätze und die Sicherheitsüber-

prüfung im Vorfeld vorgenommen wird. Es geht hier also um Vorsorge, wobei, Herr Dr. Linssen, wie Sie ja wissen, die Tagesarbeit des Amtes in keiner Weise in Mitleidenenschaft gezogen wird. Das sind Maßnahmen, die, wie ich glaube, richtige Schritte auf dem richtigen Wege sind. Wir werden aufgrund der Antragslage in den nächsten Monaten ja Gelegenheit haben, hierüber noch vertiefend zu sprechen.

Meine Damen und Herren, der zweite wichtige Punkt ist die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus, die ich hier auch noch einmal kurz darstellen möchte. Sie ist - lassen Sie mich das bitte deutlich sagen - ein hervorragendes Beispiel für die Umsetzung eines Einzelaspektes, der in der Regierungserklärung angesprochen wurde. Sie ist gleichzeitig die Konkretisierung des Umweltprogramms, ein wichtiger Beitrag zur Energiepolitik, insbesondere zur Steinkohlevorrangpolitik, und eine überzeugende umweltpolitische Zielvorgabe.

Selten ist die räumliche und zeitliche Vereinbarkeit von ökonomischen und ökologischen Interessen und Erfordernissen so deutlich sichtbar gemacht worden wie im Falle der konzeptionellen Überlegungen zur Nordwanderung der Steinkohle.

(Elfring (CDU): Wer bezahlt die eigentlich?)

Dies gibt mir die Sicherheit anzunehmen, daß wir auch im Bereich der Braunkohle Entsprechendes erreichen werden.

(Elfring (CDU): Wer bezahlt das Ganze?)

Meine Damen und Herren, die Anstrengungen lohnen sich. Was können wir erreichen? Wir sichern die Arbeitsplätze. Wir schaffen die Grundlagen und Voraussetzungen dafür, die Lebensfähigkeit des Bergbaus zu erhalten und seine Zukunft zu sichern. Wir schützen unsere Umwelt, indem wir verantwortbare Beeinträchtigungen von ihr fernhalten, unvermeidbare Einwirkungen ausgleichen und sie, wo immer es möglich ist, weiterentwickeln.

Ich glaube also, daß hier ein wirksamer Beitrag für die Zielsetzung der Landespolitik erreicht worden ist, nämlich Ökologie und Ökonomie miteinander zu vereinbaren.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Punkte und einige Problemkreise streifen, die aber ebenso von großer Wichtigkeit für die Landespolitik in Sachen Umweltschutz sind. Denken wir, meine Damen und Herren, an die

(Strehl (SPD))

- (A) Luftreinhaltepolitik in unserem Lande. Hier haben wir festzustellen, daß aufgrund des Emissionsminderungsplanes inzwischen schneller eine verbesserte Luft zu erreichen ist, als das in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung vorgesehen war. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter, und auch das muß unterstrichen werden!

Denken Sie bitte an die Smogverordnung, bei der wir als erstes Land - Herr Dr. Linssen, da mögen Sie ruhig lächeln - die entsprechenden Vorschläge der Umweltministerkonferenz in die konkrete Verordnung für unser Land übertragen haben. Es ist überhaupt kein Grund vorhanden, darüber zu lachen. Das gibt es in keinem CDU-regierten Land in der gesamten Bundesrepublik Deutschland!

(Zustimmung bei der SPD)

Wie sieht denn, Herr Dr. Linssen, demgegenüber die Politik der Bundesregierung aus? Denken Sie doch bitte einmal an das Bundesabfallgesetz. Das ist ja nun kein Ruhmesblatt deutscher Umweltpolitik, wenn man sich die Einzelheiten dieses Gesetzes einmal anschaut. Es wird zum Beispiel, was die Abfallvermeidung angeht, doch überhaupt nichts Konkretes erreicht. Sie wollen Vereinbarungen abschließen, um Verminderungs- und Vermeidungsquoten zu erhalten. Damit verzögern Sie eine wirksame Abfallvermeidungspolitik zumindest für mehrere Jahre - und dann sagen Sie, in Bonn würde eine gute Umweltpolitik betrieben!

(B)

(Dr. Linssen (CDU): Wollen Sie die Weißblechdosen verbieten?)

- Sie wissen doch genau, wie die Diskussion darüber auch im Bundesrat gelaufen ist, Herr Dr. Linssen!

Ich darf Ihnen noch ein Beispiel sagen: Denken Sie einmal an das immer wieder zitierte Problem der Altlasten. Ich meine unter "Altlasten" nicht, Herr Hegemann - jetzt ist er leider weg -, den Fraktionsvorsitzenden der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag, sondern ich meine die Altlasten, die uns hier insgesamt in Nordrhein-Westfalen, insbesondere aus dem Ruhrgebiet - woher ich komme, Herr Dr. Linssen -, sehr stark beeinträchtigen und belasten. Ganze 1,8 Millionen DM stellt der Bund für die Sanierung und für die Gefahrenabschätzung von Altlasten zur Verfügung!

(Dr. Linssen (CDU): Und was tut er für die Erforschung?)

Als die Landesregierung über den Bundesrat versucht hatte, diesen wirklich bescheidenen Betrag von 1,8 Millionen auf 10 Millionen DM zu erhöhen, haben die CDU- und CSU-regierten Länder dies abgelehnt. Da können Sie doch hier nicht sagen, die Politik in Bonn wäre in bezug auf die Altlastensanierung und Gefahrenabschätzung positiv; im Gegenteil: Man muß das, Herr Dr. Linssen, in aller Deutlichkeit rügen, daß eben in Bonn keine konzentrierte und vernünftige Altlastenpolitik betrieben wird!

(C)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich bitte sagen, daß wir selbstverständlich unterstützen, was hier dargestellt worden ist: die zusätzlichen acht Stellen gewissermaßen als Eingreifreserve für besonders schwierige Fälle, zum Beispiel in den Gemeinden. Hier ist eine wirkungsvolle Unterstützung der Gemeinden in Sachen Altlasten möglich.

Alles in allem - Herr Dr. Linssen, Sie schauen mich so skeptisch an, und meine Damen und Herren von der CDU in erster Linie - kann man abschließend darstellen: In der Umweltschutzpolitik gibt es zu den Konzeptionen, die wir und das Ministerium hier vorgelegt haben, keine sachbezogenen, keine wirkungsvollen Alternativen.

Die SPD-Fraktion wird dem Einzelplan 10 im Sinne des Änderungsnachtrages zustimmen und wird Ihren Entschließungsantrag, den ich vorhin hier zitiert habe, ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Ruppert das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schlußwort meines Vorredners hat mich enttäuscht. Wenn man sich hier hinstellt und sagt: zu unserer Umweltpolitik gibt es keine Alternativen - dann ist das ein Abdanken. Die Probleme unserer Umwelt und dabei auch die, die wir heute vielleicht noch gar nicht kennen, sind so vielfältig, daß es eine der wichtigsten Aufgaben derjenigen, die Umweltpolitik machen wollen, ist, ständig über Alternativen nachzudenken, bessere Wege zu finden und sich dafür offenzuhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es gibt doch in der Tat viele gemeinsame Probleme, die wir als Umweltschutzpolitiker in den Parteien haben. Das eine ist, daß wir immer gezwungen sind, zunächst einmal auf

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) die Defizite aufmerksam zu machen, damit es uns gelingt, Mittel bereitzustellen, um Fortschritte erreichen zu können. Wir müssen dabei sehr aufpassen, daß wir nicht Erwartungshaltungen wecken, denen wir dann nicht gerecht werden können. Das gilt ja sogar, Herr Minister Matthiesen, inzwischen für Ihren Kollegen Fischer in Hessen. Der muß das nur noch seiner grünen Basis beibringen, wie schwierig das Geschäft ist.

(Schumacher (Kali) (CDU): Im Herbst wird er abgelöst!)

Wir sollten uns also hüten, mehr Erwartungen zu wecken, als wir erfüllen können. Das gilt ja nicht nur im Fall Ibbenbüren, Herr Minister. Da haben ja manche von Waterloo gesprochen, und ich konnte mir gut vorstellen, wie Sie da gestanden und gesagt haben: Ich wollte, es würde Nacht, oder die Preussag käme!

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Gorlas (SPD): Das hat keiner verstanden. Erzählen Sie weiter!)

- Herr Gorlas, es gibt außer Ihnen doch ein paar, die das verstehen.

(Erneut Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

- (B) Das gilt auch für das probate Schlagwort von der ökologischen und ökonomischen Erneuerung. Aber schauen wir uns doch einmal die Möglichkeiten an, die dieser Haushalt in Nordrhein-Westfalen angesichts der Gesamtfinanzlage bietet. Auch damit können doch nur wenige der geweckten Erwartungen in Erfüllung gehen. Nehmen wir etwa das Beispiel der Altlasten. Natürlich steht dafür eine namhafte Millionensumme in diesem Haushalt. Aber wenn man sie zu den vielen schon bekannten und den zahlreichen noch zu erforschenden Altlasten in Bezug bringt, dann wissen wir, daß wir mit diesem Mittelansatz natürlich Jahrzehnte benötigen, um die Probleme zu lösen.

Ich kann mir in diesem Zusammenhang auch einen Hinweis auf die Gemeindefinanzen nicht ersparen. Ich habe festgestellt, daß in den Kommunen die Bereitschaft wächst, selbst etwas in der Umweltpolitik zu tun. Das ist auch notwendig, weil weder der Bund allein noch das Land allein genug tun können, wenn die Gemeinden nicht mitmachen, wenn da nicht guter Wille vorhanden ist. Und der gute Wille ist da. Aber wir dürfen ihn nicht durch ständig neue finanzielle Knebelungen aushöhlen.

Herr Minister, um von den Defiziten zu sprechen: Die PCB-verseuchten Altöle und

der Sonderabfall sind eindeutig solche Defizite, die auch Sie nicht leugnen. Wir haben zu wenige Standorte, und wenn wir einmal Standorte zu finden versuchen, dann stoßen wir sofort - alle Fraktionen - auf nicht geringe örtliche Widerstände.

Wir haben lange angemahnt, daß eine landeseinheitliche Konzeption für diese Sonderabfallbeseitigung fehlt. Sie haben jetzt in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage ein Rahmenkonzept angekündigt. Wir begrüßen das. Wir sind bereit, kritisch-kooperativ darüber zu diskutieren. Wir haben nur eher mit diesem Konzept gerechnet und es gefordert.

(Dr. Linssen (CDU): So ist es!)

Das Schlagwort von der ökologischen und ökonomischen Erneuerung ist nicht falsch; aber es ist falsch, wenn man damit die Erwartung zu wecken versucht, Umweltschutz bringe automatisch Arbeitsplätze. Das ist so nicht der Fall. Ich behaupte nicht, Umweltschutz koste immer Arbeitsplätze; aber wer zum Beispiel wie wir und wie Sie auch es für notwendig hält, daß etwas für die Luftreinhaltung getan wird, etwa bei den Kraftwerken, der muß sehen, daß er damit natürlich die Energiekosten erhöht, und das hat Folgen. Das kann auch Folgen für dieses Land als Standort haben, kann Standortnachteile bringen und damit Arbeitsplätze kosten; das müssen wir sehen. Wir müssen trotzdem Umweltpolitik machen; aber wir dürfen nicht falsche Erwartungen wecken.

Wir dürfen auch nicht, wenn wir von ökologischer und ökonomischer Erneuerung sprechen, dauernd vom Umsteuern reden, wie wir das von der SPD permanent hören. Das ist zwar etwas freundlicher als die Forderung, die ich auch schon aus der SPD gehört habe, Nordrhein-Westfalen müsse Aussteigerland Nr. 1 werden; aber auch das Umsteigen kann ja nichts anderes als eine Form des Aussteigens, vielleicht eine sozialdemokratische Form des Aussteigens, sein.

Es gibt ja den klassischen Umsteiger. Wir kennen alle die Geschichte vom Hans im Glück. Das ist jener Kerl, der mit einem Klumpen Gold anfängt und am Schluß froh ist, wenn er den Stein, der ihm verbleibt, als Last von seinen Schultern werfen kann. Nicht zufällig ist Hans die Kurzform von Johannes - und vielleicht könnte es so sein, daß es da einen gibt, der im Mai 1985 mit dem Klumpen Gold anfängt und am 25. Januar froh ist, wenn er die Last wieder von seinen Schultern werfen kann.

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Ich halte nichts - um das zu wiederholen - davon, daß man bei jedem umweltpolitischen Ereignis - und es wird in den nächsten Jahren noch viele geben - dauernd neue Themen nach vorn stellt. Für mich hat auch nach Tschernobyl das Waldsterben eine ganz hohe Priorität - und das darf nicht vergessen werden - als eines unserer wichtigsten Umweltprobleme in diesem Land.

Ich bin mit Ihnen einverstanden, Herr Minister Matthiesen, wenn Sie sagen: Wir müssen die Art und Weise, wie wir produzieren, wie wir konsumieren, wie wir leben, ändern. Aber ich sage Ihnen: In einer modernen marktwirtschaftlichen Industriegesellschaft geschieht das ständig, und zwar ohne Kommando von oben, und wir sollten uns hüten, durch die falschen Kommandos vernünftige Prozesse, die es dabei auch gibt, zu stoppen.

Was ist denn Ökonomie anderes als wirtschaftliches Umgehen mit knappen Gütern? Nichts anderes ist auch Ökologie. Sie ist schonendes Umgehen mit knappen, mit wertvollen Gütern.

Insoweit halten wir jedenfalls Ökonomie und Ökologie durchaus für vereinbar und glauben auch - das ist unser Credo -, daß wir sehr viel schneller und sehr viel weiter in der Ökologiekommunikation kommen, wenn wir es verstehen, die marktwirtschaftlichen Instrumente, die es gibt, zu nutzen und auf diesem Wege zu Fortschritten zu kommen, statt mit vermeintlich besserem Wissen von Verwaltungen künftige Entwicklungen zu gängeln.

(B)

Das Schlagwort von der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes als Ziel ist also nicht falsch. Nur wird es die ökologische Erneuerung in diesem Land so lange schwer haben, wie es mit der ökonomischen Erneuerung hapert. Sie wird es auch so lange schwer haben, wie man erkennbare ökonomische Mißerfolge, beispielsweise das Abwandern von Industrien oder die Unfähigkeit, neue Industrien anzusiedeln, als ökologischen Erfolg aus gibt. Das ist keiner. Besser wäre es gewesen, wenn sich im Ruhrgebiet beispielsweise die Schadstoffe vermindert hätten, weil die ökologische Erneuerung schon stattgefunden hat, weil moderne Zukunftsindustrien mit weniger Schadstoffausstoß angesiedelt sind.

Darauf beruht unsere Skepsis gegenüber dem Ansatz der Sozialdemokraten, daß sie in ihrem Eifer, ständig neue Technologieverträglichkeitsprüfungen zu erfinden, die Sozialverträglichkeit und die Umweltverträglichkeit so lange prüfen, bis die sozialeren und umweltfreundlicheren Technologien sich an anderen

stellen der Bundesrepublik angesiedelt haben - so wie wir das ständig beobachten müssen.

(C)

Noch eine Bemerkung zum Nordwanderungskonzept! Das ist ja von meinem Vorredner so gelobt worden.

(Wendzinski (SPD): Es ist auch ein gutes Konzept.)

- Ja, es ist ein schönes Konzept; aber, Herr Kollege Wendzinski, es ist nur ein Konzept. Es muß seine Bewährungsprobe, es muß die Nagelprobe noch bestehen, und Skepsis ist doch ohne Zweifel angebracht.

Schauen Sie sich doch einmal - ich weiß nicht, ob Sie das kennen - die Formulierung an, die in diesem Konzept zum Thema Cappenberg steht. Das ist die vierte Formulierung. Davor hat es drei andere Formulierungen gegeben, und jedesmal wurde die umweltpolitische Forderung und die Erhaltungsforderung für das Schoß Cappenberg mehr abgeschwächt. Das muß doch beim unbefangenen Betrachter Skepsis wecken.

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion hat in der Plenarsitzung am 26. November, als es um den Rhein und um den Chemieunfall bei Sandoz ging, drei neue Ideen als ihren Beitrag zur Lösung von Umweltproblemen vorgestellt.

Wir haben gesagt, es sollte in der Industrie einen Umweltbeauftragten in einer unabhängigen Position geben. Damit wäre ein verantwortlicher Ansprechpartner auch für die Behörden vorhanden, der schon aus Eigeninteresse vielfältige behördliche Detailprüfungen, die vielleicht auch personell gar nicht möglich sind, ersetzen würde. Wir haben vorgeschlagen, Versicherungsgutachten als Grundlage gewerbeaufsichtlicher Prüfungen, d. h. Risikoabschätzung der Versicherungswirtschaft, zur Entlastung der Behörden zu nutzen.

(D)

Drittens haben wir eine Abwasser-Pipeline vorgeschlagen. Ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber wir meinen, es genügt nicht, regelmäßig nur den Gehalt an bestimmten Schadstoffen im Rhein zu prüfen oder zu versuchen, die Einleitung zu reduzieren; wir müssen auch überlegen, wie es möglich ist, Schadstoffe gar nicht erst in den Rhein gelangen zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister Matthiesen, schneller als Sie hat da ein anderer reagiert, der Umweltminister

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) von Rheinland-Pfalz, Herr Töpfer, nachzulesen in der FAZ vom 6. Dezember. Er hat nämlich genau das gefordert, den öffentlich-rechtlichen Status der Gewässerschutz- und Immissionsschutzbeauftragten in den Betrieben nach dem Muster des Strahlenschutzbeauftragten. Herr Minister Matthiesen, Sie sind da jetzt nachgezogen.

Aber lassen Sie mich zunächst noch eine Bemerkung machen zu den Kollegen der SPD, die ja nach uns einen Antrag zum Rhein und zur Chemie gestellt haben. Zwar ist er später gekommen, aber er ist in vielem kompatibel mit dem, was wir gefordert haben. Wir haben im Ausschuß vereinbart, darüber noch eine Zeitlang vernünftig zu diskutieren mit dem Ziel, zu einer Übereinstimmung aller drei Fraktionen zu kommen. Ich begrüße das ausdrücklich. Ich habe nur festgestellt - mit mir auch die Kollegen der CDU -, daß der Minister nicht bereit war, dazu im Ausschuß ein paar Aussagen zu machen. Er hat gesagt - und dafür hatte ich im Ausschuß Verständnis -: Wir haben da in der nächsten Woche die Umweltministerkonferenz. Da wird einiges zu bereden sein. Ich bitte um Verständnis, daß ich dem jetzt durch Aussagen nicht vorgreifen will. - Und dann lese ich in der Zeitung: Auf der Pressekonferenz - nicht im Ausschuß - geht das doch, da kann man mit großem Wahlkampftrara die Vorstellungen vorlegen, die zum Teil auch im Ausschuß von uns schon diskutiert worden sind. Ich finde das nicht in Ordnung. Das muß ich Ihnen mal sagen, Herr Minister.

(B)

Sie haben das natürlich garniert - darin sind Sie ohnehin stark, Sie sind da aber nicht der einzige Minister dieser Landesregierung, und da gibt es bei der Landesregierung auch kein Defizit - mit Schuldzuweisungen des Landes an die Bundesregierung. Nun kenne ich dieses Spiel schon. Ich bin 11 Jahre Kommunalparlamentarier. Wenn da die Verwaltung nicht weiter weiß, schiebt sie die Schuld aufs Land. Klar, alter Trick! Darüber brauchen wir nicht weiter zu reden. Aber der Bund hat doch mehr Kompetenz für das Wasserrecht gefordert. Die Länder haben dies abgelehnt, wollten es bei der Rahmenkompetenz belassen. Jetzt eine Wassergesetzgebung mit Vorwürfen an den Bund zu garnieren, das, finde ich, ist unseriös. Ich finde, Herr Minister - das sage ich Ihnen ganz offen -: Bei Ihrem politischen Talent haben Sie das eigentlich gar nicht nötig.

(Henning (SPD): Das war ein Lob!
- Gorlas (SPD): Aber trotzdem nichts!)

- Warum soll man sich nicht ab und zu auch einmal loben, Herr Kollege Gorlas?

Wie ernst es die Sozialdemokraten hier im Hause mit der Umweltpolitik halten, ist mir allerdings bei der Beratung im Ausschuß deutlich geworden. Wir waren ja, wie ich finde, begründet der Ansicht: Wenn wir schon knapp sind mit den Mitteln, dann könnten wir bei der Selbstdarstellung der Landesregierung ruhig etwas kürzen, eher jedenfalls als bei den eigentlichen Maßnahmen. Im Gegensatz dazu war das der SPD noch zuwenig. Sie haben die Mittel - Sie wollen das morgen ja auch beschließen - für Öffentlichkeitsarbeit um 350 000 DM aufgestockt.

(Wendzinski (SPD): Damit Herr Hegemann seine Unterlagen kriegt!)

Bezahlen wollen Sie das mit Einsparungen. Das ist soweit in Ordnung. Wir freuen uns, wenn auch die SPD einmal Einsparungsvorschläge macht. Aber wo soll gespart werden? Sie wollen sparen bei Untersuchungen von Luftverunreinigung und Waldschäden, 300 000 DM minus, außerdem sollen die Mittel für Altlastensanierung um 50 000 DM gekürzt werden. Muß ich das so verstehen - anders kann man das gar nicht verstehen -, daß Ihnen die Selbstdarstellung des Ministers wichtiger ist als die Bekämpfung von Waldschäden und die Sanierung von Altlasten? Reklame statt umweltfreundlichen Handelns!

Da fällt mir ein, Herr Minister, daß Sie selbst vor einiger Zeit der Industrie vorgeworfen haben, Ihre Werbeetats seien zu groß und das, was sie für Umweltschutz und Sicherheit tun, sei zuwenig. Fangen Sie doch im eigenen Hause an!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, was uns am Ansatz der Sozialdemokraten stört: Das erste, was ihnen einfällt, ist immer die Forderung nach zusätzlichen Abgaben und das zweite die Forderung nach bürokratischen Detailregelungen, z. B. wenn es darum geht, Tannenbaum- oder Fichtenplantagen im Sauerland zu verhindern.

(Heidtmann (SPD): Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Das war in diesen Monaten offenbar Ihr wichtigstes umweltpolitisches Thema. Wir werden gleich sicher noch einmal darauf zu sprechen kommen, wenn wir über den Agrarhaushalt reden.

Wir lassen uns jedenfalls von Ihnen nicht das Nachdenken über unkonventionelle Ideen wie beispielsweise die der Abwasser-Pipeline verbieten. Wir lassen uns von Ihnen nicht auf

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) ausgetretene bürokratische Trampelpfade zwingen. Für uns gilt in der Umweltpolitik immer noch die Forderung: Gestalten ist besser als verwalten.

Dem Haushalt können wir leider nicht zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Matthiesen.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den sonst häufig sehr schrillen Tönen in diesem Hause war die Kritik, die ich soeben gehört habe, sehr moderat. Ich will nicht untersuchen, welche Gründe dahinterstecken.

(Neuhaus (CDU): Das macht das Weihnachtsfest!)

- Nein, das war nicht Ihre Weihnachtsfrömmigkeit, sondern das war angesichts der guten Politik der Landesregierung Ihre Unfähigkeit, Alternativen sichtbar zu machen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Das war der Grund.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

- (B) Verehrter Herr Kollege Hegemann, wenn Sie die Informationspolitik der Landesregierung würdigen, und zwar in positiver Weise, habe ich mich erstens dafür zu bedanken, aber zweitens auch hinzuzufügen: Sie tun gut daran; denn mit solchen guten Broschüren, die wir herausgeben und die jeweils zehntausendfach monatlich von den Bürgern in Nordrhein-Westfalen verlangt werden, damit man mit Hilfe solcher Broschüren im eigenen Bereich eigenverantwortlich mehr Umweltschutz machen kann, ist jede eingesetzte Mark für eine solche Informationspolitik eine gut angelegte Mark, weil sie dem Menschen und dem Umweltschutz dient.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es dabei gar nicht um Reklame statt Umweltschutz. Herr Kollege Ruppert, sondern es geht ganz bewußt um das Konzept Umweltschutz, mehr Umweltschutz auch durch Reklame. Deswegen bin ich dankbar, daß die SPD-Fraktion hier nicht nur ein Einsehen in Notwendigkeiten hat, sondern dieser Aufgabe eine hohe Priorität beimißt. Insgesamt kann ja auch an guter Pressearbeit, verehrter Herr

Kollege Hegemann, im Grundsatz nichts (C) Ehrenrühriges sein.

(Schauerte (CDU): Das einzige, was Sie können! - Dr. Linssen (CDU): Wenn es allein steht, ist es schlecht.)

Sie würden, wenn Sie könnten, ebenfalls nach dem Motto handeln, daß man nicht nur das Gute tun soll, sondern tunlichst über das Gute auch noch reden soll. Das tun wir. Das werde ich Ihnen an Beispielen deutlich machen,

(Hegemann (CDU): Jetzt aber!)

daß nämlich dieser Haushaltsentwurf sehr wohl die Fortsetzung der Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung ausdrückt und darstellt, in den Haushaltsansätzen für Naturschutz und Landschaftspflege mit 80 Millionen DM, für die Forstwirtschaft mit knapp 30 Millionen DM, für Gefährdungsabschätzungen und Sanierung von Altablagerungen und Altlasten, ohne daß der Bund uns bisher dabei geholfen hat, mit 40 Millionen DM, für Wasserversorgungsmaßnahmen mit 50 Millionen DM, für Abwassermaßnahmen mit 310 Millionen DM und entsprechenden Zuschüssen aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe,

(Schauerte (CDU): Und wieviel Reste beim Abwasser?)

für Abfallverwertung- und -beseitigungsanlagen mit 70 Millionen DM und - weil es so schön ist - für Immissionsschutz mit 73,5 Millionen DM. (D)

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind eindrucksvoll und verdeutlichen den Willen der Landesregierung, in einer ohnehin nicht leichten Finanzsituation des Landes insgesamt weiterhin dem Umweltschutz eine hohe Bedeutung und Priorität beizumessen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Minister Matthiesen: Ja, mit dem größten Vergnügen!)

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, nachdem Sie nun die eine Seite der Medaille beleuchtet haben, stimmen wir darin überein, daß, wenn Sie erneuern wollen, das sowohl in ideellen Konzepten als auch in Mehrausgaben von Geld bestehen sollte? Und haben Sie dann vielleicht die Freundlichkeit, hier einmal die negativen

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Veränderungen bei diesen Positionen, nämlich das Minus gegenüber den früheren Jahren, vorzutragen?

(Zustimmung des Abg. Hegemann (CDU))

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Natürlich stimmen wir darin überein, daß Politik aus ideellen Maßnahmen besteht, aber auch aus materiellen Zuwendungen. Und natürlich haben Sie recht, wenn Sie darauf hindeuten, daß es Veränderungen. Aber daraus nun zu konstruieren, damit würde der Bewilligungsrahmen - das steckt doch dahinter - der Landesregierung insgesamt kleiner, ist falsch. In den meisten Positionen, in denen sich Reste bilden - die, wie Sie wissen, übertragbar sind -, kommen diese Mittel selbstverständlich den gesamten Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren zugute.

(Schauerte (CDU): Warten Sie mal ab!)

Von daher ist in der Investitionspolitik der Landesregierung beim Umweltschutz eine hohe Stetigkeit.

(Schauerte (CDU): Warten Sie mal ab!)

- (B) Das können Sie auch beim Personal erkennen. Ich bin sehr froh darüber, daß wir auch mit diesem Haushaltsentwurf etliches an personeller Verbesserung dank der Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion erfahren dürfen. Wir werden - das gebe ich zu - damit nicht alle Vollzugsprobleme auf einen Schlag lösen. Aber wir kommen auf vielen Gebieten ein weiteres gutes Stück voran: bei der Landesanstalt für Immissionsschutz 15 Stellen, bei der Gewerbeaufsichtsverwaltung 15 Stellen für Sicherheit in der Chemie und Durchführung der Technischen Anleitung Luft, 4 Stellen im forstlichen Versuchswesen, 12 Stellen bei der Radioaktivitätsüberwachung, schließlich durch die Initiative der SPD-Fraktion 20 zusätzliche Stellen für die Gewässergüteüberwachung auf dem Rhein und für die Verbesserung des Alarm- und Warndienstes auf dem Rhein sowie 8 Stellen beim Landesamt für Wasser und Abfall, die insgesamt dazu dienen sollen, den Kommunen ein Stück schnellere Serviceleistung bei der Einschätzung der Gefährlichkeit von Altlasten zu geben.

Dies sind über 70 neue Stellen! Natürlich kann man sich als Umweltminister hinstellen und sagen: Ich bräuchte eigentlich noch mehr. Aber angesichts der Enge des Haushalts und angesichts der Zwänge, die sich daraus ergeben, sind 70 neue Stellen für den Umweltschutz und damit für die Verbesserung

des Vollzugs ein deutliches Signal hinsichtlich der ökologischen Erneuerung in unserem Land.

Im übrigen, Herr Ruppert, haben Sie gesagt: Nicht so hohe Erwartungen wecken. Ich stimme Ihnen zu, weil ich nun wirklich weiß, daß wir in der Umweltpolitik nicht nur ein schwieriges Alltagsgeschäft haben, sondern insgesamt auch 150jährige Industriegeschichte abzuarbeiten haben. Wir haben das, was diese Industrieentwicklung auch in Nordrhein-Westfalen an Narben und Wunden hinterlassen hat, abzuarbeiten. Das geht nicht von heute auf morgen. Das geht in vielen Bereichen nur über Jahre. Bei den Altlasten werden wir über ein Jahrzehnt benötigen.

Dennoch haben wir große und beispielhafte Erfolge erzielt, die sich sehen lassen können, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich. Ich will aus vielen Beispielen nur eines herausheben, nämlich unsere Erfolge in der Luftreinhaltepolitik. Die Erfolge in der Luftreinhaltepolitik sind in Nordrhein-Westfalen sehr deutlich und unübersehbar. Durch die kontinuierliche Aufstellung der Luftreinhaltepläne im besonders stark belasteten Ruhrgebiet wurden der Staubbiederschlag - das ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt - von 312 000 Jahrestonnen 1963/64 auf 155 000 Jahrestonnen 1985 verringert, eine Reduzierung um 63 %, ein Riesenerfolg; die Schwefeldioxidbelastung von 0,15 mg pro Kubikmeter im Jahre 1966 auf 0,06 mg pro Kubikmeter im Jahre 1985 - eine Verringerung um wiederum über 60 %. Durch den Emissionsminderungsplan werden bereits heute für rund 15 % der zu entschwefelnden Feuerungs-wärmeleistung Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen betrieben. Das führt schon heute zu einer Verminderung der Emissionen um 175 000 Jahrestonnen Schwefeldioxid. Insgesamt wird dieser Plan dazu führen, daß die etwa 870 000 Jahrestonnen Schwefeldioxid 1983 bereits 1987 um ein Viertel, 1988 um zwei Drittel und 1994 um vier Fünftel reduziert werden. Meine Damen und Herren, das ist auch angesichts der ökonomischen Belastungen, die daraus entstehen, eine gigantische umweltpolitische Leistung von Landesregierung und allen Beteiligten im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Neuhaus (CDU): Und Bundesregierung!)

- Herr Kollege Neuhaus, um Ihren Zwischenruf aufzunehmen: Man kann vieles kritisieren, aber die unbestreitbaren Erfolge gerade hier im Industrieland Nordrhein-Westfalen, die ja sichtbar und nachweisbar sind, die darf man

(Minister Matthiesen)

- (A) nicht zerreden. Die Landesregierung wird auch nicht zulassen, selbst in Wahlkampfzeiten nicht, daß man diese Erfolge zerredet, weil sie das Verdienst einer kontinuierlichen Politik gewesen sind.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Neuhaus (CDU))

Die bereits in Betrieb befindlichen großtechnischen DENOX-Anlagen führen zu einer NO_x -Verminderung um rund 7 000 Jahrestonnen. Die Stickoxidbelastungen werden nach dem Emissionsminderungsplan von insgesamt rund 490 000 Jahrestonnen 1983 um ein Drittel bis 1988 und um annähernd drei Viertel bis 1990 reduziert. Das sind Zahlen, die sich sehen lassen können.

Herr Kollege Hegemann, machen Sie sich das nicht zu leicht, indem Sie so en passant davon sprechen, daß die Erhöhung von 46 auf künftig 65 Meßstationen ja eigentlich keine große Glanzleistung in der Luftreinhaltepolitik ist. Es ist eine Glanzleistung, denn durch den Ausbau dieses Meßsystems schaffen wir es, das in Europa - das füge ich hinzu: weltweit - dichteste Luftüberwachungssystem einzurichten, das es bisher überhaupt nur gibt. Das ist ein großer Erfolg und eine große Kraftanstrengung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Was die Gesundheit der Bürger anbetrifft für das, was dann immer noch an Restrisiken vorhanden ist, das wollen wir nicht verschweigen. Nur: Sie wissen, daß wir umfangreiche und bundesweit einzigartige medizinische Untersuchungen im Rahmen des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet Ost durchgeführt haben. Diese Untersuchungen haben ergeben, daß eine deutliche Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung gegenüber 1977 erkennbar ist. Dennoch werden wir uns damit nicht zufriedengeben, sondern die Landesregierung hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um zusätzlich Emissionswirkungen auf den Menschen zu untersuchen. Ein Schwerpunkt wird insbesondere der Zusammenhang von Pseudokrapp, Husten und Luftverunreinigungen sein, und ein anderer Schwerpunkt müssen natürlich Untersuchungen sein, ob es Zusammenhänge zwischen Krebsentstehung und Luftverunreinigung gibt.

Nein, meine Damen und Herren, dieses Beispiel zeigt, daß wir auf einem guten Wege sind, wenn wir auch noch viele Jahre brauchen, um weitere Erfolge insgesamt zu erzielen.

Ich will Ihnen das am Beispiel der Umweltindustrie mit ganz wenigen Zahlen deutlich machen. Denn in der Tat, Herr Kollege Ruppert, sind ja die Investitionen, die ich Ihnen eben als Landeszuschüsse aufgezählt habe, die sich ja in Investitionen umsetzen, natürlich nicht die Lösung aller arbeitsmarktpolitischen Probleme. Das hat auch nie jemand von uns behauptet. Ich würde auch nie behaupten, daß Umweltschutz automatisch immer nur zu Arbeitsplätzen führt. Umweltschutz ist immer für die, die davon betroffen sind, zunächst häufig ein spürbarer und sie belastender Kostenfaktor. Man muß auch aufpassen, vernünftig durchzusteuern, um nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.

Aber andererseits ist Umweltschutz nachgewiesenermaßen heute ein wichtiger Zweig industrieller Zukunftsentwicklung und wirkt entlastend auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben allein in Nordrhein-Westfalen heute über 100 000 Arbeitnehmer, die direkt und indirekt vom Umweltschutz abhängig sind. Wir haben über 500 Firmen, die sich in unserem im Bereich Umweltindustrie und Umwelttechnologie tummeln: überwiegend kleine und mittlere Firmen mit enormen Zuwachsraten, von denen andere vergleichbare Branchen nur träumen können. Insgesamt ist das Hineingehen in Umweltindustrie und Umwelttechnologie gerade für ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das immer noch mit Strukturproblemen auf anderen Gebieten zu tun hat, neben den ökologischen Chancen natürlich auch eine Chance der industriell gesicherten Zukunftsentwicklung, nicht zur Lösung aller Probleme, sehr wohl aber auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes.

(Beifall bei der SPD)

Von daher macht es einen Sinn, über Nordrhein-Westfalen hinaus der Frage nachzugehen, ob es nicht auch aus nationalen Gründen der Arbeitsmarktpolitik ein großes Programm für Arbeit und Umwelt geben könnte, so wie die SPD es seit vielen Monaten vorgeschlagen und in die Diskussion eingebracht hat.

(Dr. Linssen (CDU): Ihr habt doch keinen Pfennig dafür vorgesehen!)

Von daher, Herr Ruppert, geht es gar nicht um Umsteigen. Es geht auch nicht um Aussteigen aus der Industriegesellschaft, sondern es geht darum, die in einem verstärkten Umweltschutz liegenden Chancen für eine industrielle Zukunftsentwicklung dabei mit zu nutzen und als Konzept im Zusammenhang zu sehen. Darum geht es!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) Sie meinten, Sie sollten einige Konzepte, bezogen auf die Zukunft, anfordern, und Sie haben Stichworte genannt wie Altlasten und Sondermüll. Ich will Ihnen eine paar Sätze dazu sagen.

Ich bin sehr enttäuscht darüber, daß es bisher in der Bundesrepublik hinsichtlich der Altlastenregelung nicht gelungen ist, ein bundeseinheitliches und bundesgesetzliches Vorgehen zu verabreden. Es ist, Herr Kollege Hegemann und Herr Kollege Ruppert, nicht in Ordnung, wenn Sie so tun, als wäre die Beseitigung des Altlastenproblems im Rahmen unseres föderativen Staatsaufbaus alleinige Aufgabe von Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Linssen (CDU): Das ist aber so.)

- Es mag ja sein, daß man uns hängen läßt. Aber es ist nicht in Ordnung. Ich will Ihnen sagen, warum: Die großen, traditionellen Industriestandorte wie das Saarland, wie Nordrhein-Westfalen, wie die Großstädte haben gerade in den ersten Nachkriegsjahren Wesentliches zum Wiederaufbau der Republik geleistet.

Sie haben ganz bewußt eine industrielle Entwicklung zum Vorteil für die ganze Republik in Kauf genommen. Es ist politisch und - ich füge hinzu - auch moralisch nicht in Ordnung, daß man diese Vorleistung der industriellen Standorte heute dadurch "be- lohnt", daß man sie mit den Altlasten hängenläßt. Das ist nicht in Ordnung!

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb: Auch wenn die Legislaturperiode in Bonn bald zu Ende geht, werden wir bis dahin unsere berechnete Forderung nach einer finanziellen Mitleistung nicht nur der Industrie und der Wirtschaft, sondern auch des Bundes an der gesamtstaatlichen Aufgabe der Altlastenfinanzierung politisch einklagen.

Bei solchen Fragen, bei denen es um mehr als nur um ein Standortproblem geht, da würde ich mir wohl - wenn ich mir das erlauben darf zu sagen - eine Opposition wünschen, die mehr zusammen mit der Regierung die gesamten Landesinteressen gegenüber anderen vertritt, als Opposition gegen die Landesregierung im eigenen Land zu machen.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Wie bitte!? Hören Sie einmal, das ist eine Unverschämtheit! Jetzt ist aber Schluß! Mehr als wir tun, können wir doch überhaupt nicht tun! - Gegenrufe der Abgeordneten Dr. Dammeyer und Mernizka (SPD))

(C) - Herr Linssen, schreien Sie nicht so! Ihr verehrter Herr Parteifreund Stoltenberg wird Ihnen bestätigen, daß es in Kernfragen der Landespolitik in Schleswig-Holstein, zum Beispiel, wenn es um die Werften ging, zum Beispiel, wenn es um Interessenvertretung des Landes gegenüber der Bundesregierung ging, immer eine Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition gab, aber nie eine Opposition gegen die Landesregierung zum Schaden des Landes - so wie hier häufig praktiziert.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Minister Matthiesen: Mit dem größten Vergnügen!)

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, ist Ihnen klar, daß Sie hier bewußt die Unwahrheit sagen,

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

da Sie sowohl in diesem Hohen Hause als auch im Ausschuß stets unsere volle Unterstützung dafür gehabt haben, draußen Gemeinsamkeit für die Standorte herzustellen?

(Zustimmung bei der CDU)

(D) Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nein. - Ich rede hier, verehrter Herr Kollege, über die Altlastenfinanzierung. In diesem Zusammenhang habe ich von innen bisher keine gemeinsame Position vernommen, die da lautet: Bundesregierung, mach' eine bundeseinheitliche, bundesgesetzliche Regelung auch zum Vorteil von Nordrhein-Westfalen! Das ist bisher von Ihnen nie gekommen!

(Zustimmung bei der SPD)

Was den Sondermüll anbetrifft - und insofern bin ich bei dem zweiten Stichwort -, da gibt es sehr wohl, denke ich - und dafür bin ich auch dankbar -, eine gewisse Grundgemeinsamkeit, die sich aber noch bewähren muß.

(Dr. Worms (CDU): Das ist richtig!)

Bei den Bewährungsproben, die wir in den vergangenen Monaten oder im vergangenen Jahr gehabt haben - alle miteinander -, was das Auseinanderklaffen von landespolitischen Reden und konkretem Tun von Parteigliederungen vor Ort anbetrifft, kann sich von uns keiner mit Ruhm bekleckern.

(Minister Matthiesen)

- (A) Ich will noch einmal deutlich machen, daß wir in Nordrhein-Westfalen noch nicht so schlimm dran sind wie andere Bundesländer; aber einige andere Bundesländer sind schlimm dran. Es zählt sich aus, daß die Landesregierung nicht nur verstärkte Bemühungen unterstützt hat, die Müllmenge zu reduzieren und die Recyclingquote zu erhöhen - mittlerweile werden 36 % aller gewerblich-industriellen Abfälle wiederverwendet; wir haben in Europa eine Spitzenposition -, sondern daß wir auch am Prinzip einer umweltvernünftigen Entsorgungspolitik festgehalten haben, das da lautet: So wenig Müll-export wie möglich!

Andere Bundesländer haben es sich einfacher gemacht und sich teilweise bei anderen entsorgt. Sie haben heute die Quittung einer gewählten Abhängigkeit, die insgesamt zu einer Gefährdung solcher industriellen Standorte führen kann.

Von daher müssen wir in Nordrhein-Westfalen gemeinsam dafür sorgen, daß weitere Sondermülldeponie-Standorte gesucht, gefunden, erschlossen und aufgeschlossen werden,

(Nagel (CDU): Sagen Sie das den Genossen!)

daß wir weitere Verbrennungsanlagen, Behandlungsanlagen aller Art benötigen, weil eine gesicherte Entsorgung nicht nur umweltpolitisch notwendig und vernünftig ist, sondern in Zukunft industriepolitisch mit darüber entscheiden wird, ob ein Standort für neue Investitionen noch interessant ist oder eben nicht.

(B)

(Maedge (SPD): Sehr richtig!)

Nicht, ob München in der Nähe eines Skigebietes oder Stuttgart in der Nähe von Frankreich liegt, wird für die Zukunft entscheidend sein, sondern angesichts der auf diesem Gebiet zu bewältigenden Probleme die Frage, ob Bundesländer rechtzeitig gesicherte, umweltverträgliche Entsorgungsstrukturen aufgebaut haben. Das wird eine der entscheidenden Kernfragen sein.

Deshalb sollten wir gemeinsam vorgehen. Ich füge auch hinzu: Der Glaube in Teilbereichen unseres Landes, wir könnten künftig nur noch von Blaupausen und Versicherungsgesellschaften leben, ist ein Irrglaube. Wir brauchen Industrie, und wenn wir Industrie brauchen, brauchen wir eine gesicherte Entsorgung. Nur, Herr Ruppert, wenn Sie uns darin unterstützen, dann setzen Sie sich nicht auf das hohe Roß unter dem Motto: Widerstand allerorten! Das müssen Sie - das

entgegne ich Ihnen ganz freundschaftlich - mir gerade sagen! Ich habe ja mitbekommen - übrigens zu meinem Entsetzen -, daß der Bundesaußenminister, Ihr Parteifreund

(C)

(Dr. Linssen (CDU): Das hören wir jetzt schon zum drittenmal! Denken Sie doch einmal an Ihre Leute! - Maedge (SPD): Das kann man nicht oft genug sagen!)

- das muß man siebenmal sagen! Siebenmal muß man es sagen! -,

(Zustimmung bei der SPD)

zwischen einem Aufenthalt in New York und - ich glaube - einem Rumänienbesuch mit Hilfe von Medien soviel Zeit hatte, in Adendorf aufzutreten und zu bekunden: Entsorgung ist nötig, aber nicht an diesem Standort, bitte schön!, und auf die Frage, warum er denn dorthingekommen sei, fanden wir heraus, daß er dort privat wohnt.

Nun sage ich Ihnen, warum Sie es siebenmal hören müssen - über dreimal hinaus -, nämlich weil ein solcher Opportunismus in allen Parteien hinsichtlich einer zu entsorgenden Industrie nicht hinnehmbar ist.

(Zustimmung bei der SPD - Nagel (CDU): Dann haben Sie aber viele Genschers vor Ort!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Ruppert?

(D)

(Minister Matthiesen: Mit dem größten Vergnügen, Herr Präsident!)

Ruppert (F.D.P.): Herr Minister Matthiesen, wenn ich Ihnen im Ausschuß und im Plenum wiederholt konstruktive Solidarität beim Finden und beim Aushalten von Standorten in der politischen Diskussion angeboten habe, dann kann das natürlich nicht heißen, daß wir jedem beliebigen Standort, den sich irgendein Regierungspräsident ausdenkt, zustimmen, auch wenn er ungeeignet ist!

(Widerspruch bei der SPD)

- Ja, das ist völlig richtig. Dagegen habe ich doch nichts. Ich habe nur etwas gegen das Gehabe in dieser Form in der Öffentlichkeit, weil es nicht zur Rationalität der politischen Diskussion beiträgt,

(Zustimmung bei der SPD)

sondern zur Verbreitung dessen, was ich einen schlimmen Opportunismus nenne, den

(Minister Matthiesen)

- (A) wir nicht pflegen dürfen, weil wir sonst mit den Problemen nicht fertig werden.

(Zuruf des Abg. Ruppert (F.D.P.))

Bitte, nehmen Sie es mir ab: Ich bin auf diesem Gebiet nicht nur ein gebranntes Kind, sondern ich bin auch sehr engagiert. Und das, was ich bei Ihnen kritisiere, kritisiere ich genauso gut in meiner eigenen Partei, denn dort gibt es so etwas natürlich auch, wie wir alle wissen.

(Dr. Linssen (CDU): Aber das merken wir dann nicht!)

- Ja, aber das ist Ihnen doch nicht neu!

Letzte Bemerkung: Herr Ruppert hat gesagt, die Chemie dürfe nicht verteuert werden. Damit laufen Sie bei uns offene Türen ein. Gerade in Nordrhein-Westfalen hat die Chemie eine tragende Rolle. Wir sind mit einer der größten Chemiestandorte. Aber das kann nicht bedeuten, daß wir die Augen vor Fehlentwicklungen verschließen, Fehlverhalten nachträglich sanktionieren und nicht das an Kontrollen und Gesetzesänderungen durchführen, was notwendig zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger ist. Deshalb will ich hier gar nicht mehr so allzu viel zu diesem Bereich sagen, sondern darauf hinweisen, daß es ja morgen eine Umweltminister-Sonderkonferenz in Bonn gibt. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir werden sehen und zu prüfen haben, inwieweit das Gerede der letzten Wochen in glaubwürdige Taten umgesetzt werden kann.

(B)

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Im übrigen, Herr Kollege - -

(Dr. Linssen (CDU): Danach werden wir Sie fragen! Sie sind für den Gewässerschutz verantwortlich!)

- Herr Linssen, ich würde Sie ja gerne mitnehmen, damit Sie endlich einmal Mäuschen spielen dürfen, damit Sie endlich einmal den Hauch von Politik morgen spüren dürfen, der da in dem kleinen Bonn stattfindet.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD)

Zur F.D.P.! Abwasserabgabengesetz und Umweltbeauftragter. Herr Kollege Ruppert: Wir stimmen darin überein. Ich finde den Vorschlag, den Sie und wir gemacht haben, den Umweltbeauftragten als unabhängige Institution in den Betrieben zu verankern, richtig, und ich habe auch dankbar registriert, daß zum Beispiel die IG Chemie sehr

stark diese Idee mit propagiert und mit unterstützt. Nur wenn Sie sagen, Nordrhein-Westfalen habe nachgezogen, dann ist das falsch. Denn Nordrhein-Westfalen hat bei der Diskussion des Abwasserabgabengesetzes, des Wasserhaushaltsgesetzes solche unabhängigen Umweltbeauftragten gefordert, auch ausgestattet mit einem entsprechenden Kündigungsschutz, und die jeweiligen Bundesrats- und Bundestagsmehrheiten haben dies ausgeklammert, weil sie gesagt haben, sie wollen das zu einem späteren Zeitpunkt regeln.

Ich nehme dankbar zur Kenntnis, daß die F.D.P. nicht nur bereit ist, diese Idee voranzubringen, sondern auch, sie mitzutragen. Ich gehe deshalb davon aus, daß wir da zu guten Ergebnissen kommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Herr Kollege Ruppert hat gesagt, es müsse erlaubt sein, Alternativen zu entwickeln, und es gäbe sie ja auch. Es gibt sie sicher, und entwickeln kann man sie auch. Ich habe aber in der heutigen Diskussion, jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt, vermissen müssen, daß die Opposition wirklich Alternativen hat. Ich unterstelle nicht, daß sie keine entwickeln könnte, sondern, daß sie das nicht für nötig hält, weil die Opposition im Grundsatz, aber auch in vielen Einzelfragen die richtige Politik der Landesregierung als richtig ansieht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Neuhaus für die Fraktion der CDU das Wort.

Neuhaus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Minister hat die CDU-Fraktion in seiner Rede aufgefordert, mit dazu beizutragen, Schaden vom Land abzuwenden. Meine Damen und Herren, wir sehen dies natürlich auch als eine gemeinsame Aufgabe, aber den darin versteckten Vorwurf, den der Minister uns damit machen wollte, weise ich energisch zurück.

Herr Minister, das ist keine Einbahnstraße, was Sie uns vorgetragen haben. Aber wir gehen keinen Weg dieser SPD-Landesregierung mit, der in eine falsche Richtung führt. Hier will ich nur beispielhaft eine Technologiefeindlichkeit, die seitens des Landes betrieben wird, und den Austieg aus Kohle- und Kernkraftverbund nennen. Dabei können Sie bestimmt nicht mit unserer Unterstützung rechnen.

Wenn man den vor uns liegenden Entwurf des Einzelplans 10 - und hier meine ich die Bereiche Landwirtschaft, Forsten, Natur-

(Neuhaus (CDU))

- (A) schutz - einer genaueren Analyse unterzieht, so kommt man schnell zu dem Ergebnis, daß die Landesregierung von ihren selbstgesteckten Zielen, wie in der Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 verkündet, meilenweit entfernt ist. Mein Kollege Hegemann hat schon darauf hingewiesen. Sie erklärt darin, die ökologische und ökonomische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen und die Fortsetzung des Kurses zur Konsolidierung der Landesfinanzen seien ihre vorrangigen Aufgaben. Zum letzteren werde ich mich nicht äußern; dazu haben schon einige Kollegen etwas gesagt, und es werden noch einige tun.

Meine Damen und Herren, hier ist schlicht und einfach festzustellen, daß das nicht so ist. Darüber hinwegtäuschen können auch nicht auf Hochglanzpapier gedruckte Programme mit dem Konterfei des Ministers oder mit großem Presseaufwand angekündigte Maßnahmen, die dann oft nur auf dem Papier stehen oder deren Realisierung oft monatelang auf sich warten läßt. Ich möchte das an zwei Beispielen klarmachen.

Erstens: das Milchergänzungsprogramm des Landes. Hier wollte der Minister allen Bauern, die weniger als 14 Kühe im Stall haben, zusätzliche Referenzmengen zur Verfügung stellen. Was dabei herausgekommen ist, ist uns nach anderthalb Jahren bis heute noch nicht bekannt.

- (B) Ein zweites Beispiel: Das Mittelgebirgsprogramm - mit großem Aufwand verkündet - ist schon ein halbes Jahr alt. Jetzt erst sollen die Richtlinien dazu veröffentlicht werden.

In einem anderen Bereich, auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes und bei der Aufstellung von Landschaftsplänen, hat die Landesregierung alle ihre Versprechungen und Erwartungen nicht eingehalten. Seit den 70er Jahren will sie 3 % der Landesfläche unter Natur- und Landschaftsschutz stellen, gerade 1 % hat sie erreicht. Von 400 Landschaftsplänen werden nach Aussagen des Ministers 1987 erst 37 Landschaftspläne rechtskräftig werden.

Ich meine, daß ist eine tolle Bilanz, aber im negativen Sinne!

Der nächste Punkt: Gewässerschutz und Wasserversorgung waren und sind eine der größten umweltpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Hier hat das Land im Rahmen seiner Vorsorgepolitik darauf zu achten, daß schädliche Stoffe nicht in Grundwasser und Fließgewässer eindringen, wobei Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft gewährt werden müssen, wenn sie in Wasserschutz-

zonen Bewirtschaftungsbeschränkungen hinnehmen muß, wie in § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes vorgesehen ist.

(C)

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1987 in Kraft. Der Minister hat sich in seiner Einbringungsrede zu dem vorliegenden Haushalt nochmals ausdrücklich zu diesen Ausgleichszahlungen bekannt. Aber hören Sie gut zu: Ganze 15 000 DM stehen dafür im Etat zur Verfügung. Das ist eine klägliche Summe, mit der der Minister den bei den Bauern geweckten Hoffnungen nicht gerecht werden und auch keinen effektiven Wasserschutz betreiben kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich einen anderen kritischen Punkt ansprechen: Haushaltsvolzug und Mittelabfluß. Es ist nach unserer Auffassung ein Skandal ersten Ranges, wenn von den Mitteln zur Förderung der Wasserwirtschaft - hier sind der naturnahe Wasserbau, die Gewässerunterhaltung, die Wasserversorgung, das Abwasser, die Talsperren und die Abwasserabgabe angesprochen - 1985 - hören Sie gut zu! - insgesamt 492 787 000 DM nicht abgeflossen sind. Dagegen lagen die bei den Regierungspräsidenten beantragten Zuschüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände allein für Abwassermaßnahmen im Jahre 1985 in einer Höhe von 1,241 Milliarden DM, und aus der Abwasserabgabe wurden nochmals 396 Millionen DM beantragt. Also lag ein hoher Bedarf vor.

(D)

Es ist doch eigentlich eine traurige Bilanz, wenn diese Mittel nicht abgeflossen sind. Was hätte mit diesen Millionenbeträgen zur Verbesserung der Wasserqualität geleistet werden können, und wie viele Arbeitsplätze hätten hiermit in der Bau- und Zulieferindustrie gesichert oder neu geschaffen werden können! Um das zu erreichen, lautet unsere Forderung, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Ausgabenreste drastisch zu senken.

Meine Damen und Herren, das finanzielle Volumen eines Einzelplans und die Veränderungen zum Vorjahr lassen auch darauf schließen, welchen Stellenwert ein Ressort im Vergleich zu den anderen Ministerien hat. Wenn man nur oberflächlich die Szene beobachtet, könnte man zu dem Ergebnis kommen, Minister Matthiesen stehe uneingeschränkt jede Summe von Haushaltsmitteln zur Verfügung. Wenn ich auch manchmal den Eindruck habe, Herr Minister, daß Sie gewisse Mittel doppelt verplanen oder aber zumindest doppelt versprechen, so ist doch festzustellen, daß der Einzelplan 10 keine Steigerung, sondern eine Minderung um

(Neuhaus (CDU))

- (A) 12 Millionen DM auf 1,636 Milliarden DM erfahren hat. Wie Sie, Herr Minister, daraus den Anspruch erheben wollen, eine ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes herzuleiten, bleibt mir zumindest schleierhaft.

Demgegenüber will ich Ihnen einmal den Einzelplan 10 des Bundesministers Ignaz Kiechle als nachahmenswertes Beispiel kurz erläutern.

(Trinius (SPD): Na, na! - Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Hören Sie gut zu! - Der Agraretat ist von 6,924 Milliarden DM im Jahre 1986 auf 7,889 Milliarden DM aufgestockt worden. Das ist eine Steigerung um fast 1 Milliarde DM oder 14,2 %. Gleichzeitig ist die notwendige Haushaltskonsolidierung des Bundeshaushalts fortgesetzt worden.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Das muß man erst einmal nachmachen!)

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe sind gerade für unser Land von besonderer Bedeutung. Hieraus werden vor allem die benachteiligten Gebiete, die Dorferneuerung, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Flurbereinigung und einzelbetriebliche und forstliche Maßnahmen gefördert. Dieser Ansatz ist von 1,3 Milliarden DM auf 1,49 Milliarden DM, also um 190 Millionen DM, aufgestockt worden.

(B)

(Zuruf von der SPD: Durch Schulden!)

Das ist eine begrüßenswerte Maßnahme, wenn man bedenkt, daß zum Ende der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung dieser Betrag auf 1,15 Milliarden DM abgesenkt worden war.

Meine Damen und Herren, all diese Mittel sind für Maßnahmen bestimmt, die auch im Landeshaushalt etatisiert sind. Sie werden mit einem Anteil von 60 % Bundesmitteln gefördert. Von daher will ich eigentlich meinen, daß Herrn Minister Matthiesen kein Zucken aus der Krone fiel, wenn er diese Leistungen auch einmal öffentlich begrüßen würde. Aber umgekehrt ist es: Er schmückt sich auch noch gern mit den Bundesmitteln, die er als Leistungen des Landes herausstellt.

Ein besonders negatives Beispiel sind in diesem Zusammenhang die Entschädigungsleistungen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl, die etwa den Obst-, Gemüse- und Milchbauern gewährt worden sind.

(Wendzinski (SPD): Gekonnt war das!)

Von den bisher in Höhe von 80 Millionen DM in Nordrhein-Westfalen geleisteten Entschädigungen hat das Land 10 Millionen DM aufgebracht; 70 Millionen DM hat der Bund in relativ kurzer Zeit den Geschädigten erstattet.

(Gorlas (SPD): Das sind 10 Millionen DM zu wenig!)

Das ist eine stolze Leistung.

Genauso begrüßen wir die Haltung des Bundesministers Kiechle bei den derzeitigen Agrarverhandlungen in Brüssel, die Überschüsse bei Milch und Rindfleisch entscheidend abzubauen, gleichzeitig aber den deutschen Bauern keine weiteren Einkommensverluste zuzumuten.

(Zustimmung bei der CDU - Henning (SPD): Wartet ab!)

Unsere Politik hier im Landtag wird auch in den nächsten Jahren darauf ausgerichtet sein, durch vielfältige Maßnahmen den bäuerlichen Familien die Existenzangst zu nehmen, ihnen eine angemessene Lebenshaltung zu garantieren, ein breitgestreutes Eigentum zu erhalten und bei einem nicht vermeidbaren Strukturwandel ein soziales Abfedern zu sichern.

Folgende Anträge haben wir im letzten Jahr gestellt - sie sind eine reale Alternative zur derzeitigen Politik der SPD-Landesregierung -: erstens Landesergänzungsprogramm zum Milchquotenaufkauf, zweitens freiwilliges Ökologieprogramm auf Vertragsbasis, drittens Schutz landwirtschaftlicher Existenzen in Wasserschutzgebieten vor überzogener Auslegung der Sozialpflichtigkeit, viertens verstärkte finanzielle Anreize für die Weiterentwicklung des Agrarrohstoffanbaus und industrieller Nutzpflanzen, fünftens Wiederherstellung einer eigenen Haushaltsstelle und Beteiligung des Landes in Höhe von 50 % an der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung, sechstens Zuschuß für Absatzwerbung des Bäckerhandwerkes in Nordrhein-Westfalen, siebtens Entschädigungen für Schäden durch Gänse, die staatlicherseits durch ein Beunruhigungsverbot geschützt sind - diesem CDU-Antrag wurde nach Aussagen des Ministers entsprochen, herzlichen Dank - und achtens Entwicklungschancen ländlicher Regionen, ländliches Strukturprogramm.

Meine Damen und Herren, gerade mit diesem Antrag wollen wir, wie schon bei der Einbringung zum Ausdruck gebracht, auf die vielfältige Bedeutung des ländlichen Raumes für das Gesamtland Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen und versuchen, nach

(Neuhaus (CDU))

- (A) Lösungen zu suchen, um diesen Aufgaben dann gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, ein paar Anmerkungen zu den SPD-Anträgen in unserem Fachauschuß: Ich gebe zu, daß wir einigen Ihrer Anträge unsere Zustimmung hätten geben können.

(Zuruf von der SPD: Müssen!)

Leider konnten wir die dazu gemachten Deckungsvorschläge nicht akzeptieren.

Hier will ich beispielhaft nur einen nennen: Sie wollten bei den sonstigen einzelbetrieblichen Investitionen und Maßnahmen - Kap. 10 030 Tit. 892 67 - 1,9 Millionen DM kürzen. Aus dieser Haushaltsstelle werden gefördert: Projektförderung Verband Rheinischer und Westfälischer Gartenbauvereine, Landesverbände des naturnahen Landbaues, Landesverbände der Groß- und Kleintierzüchter. Meine Damen und Herren, anscheinend sind dies nach Auffassung der SPD nicht mehr so wichtige Vorgaben. Wir konnten diese Deckungsvorschläge nicht akzeptieren.

Ich will jetzt gar nicht auf Ihre Kürzungsanträge bei den Talsperren und bei der Gewässerunterhaltung eingehen. Gerade deshalb mußten wir auch hier ablehnen.

Ich komme zum Schluß.

- (B) (Beifall des Abg. Wendzinski (SPD))

Für das kommende Jahr erwarten wir von der Landesregierung seriöse und konkrete Vorschläge zur Lösung der Probleme der Landwirtschaft, in der Natur- und Landschaftspolitik und des ländlichen Raumes in Nordrhein-Westfalen. Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie im Bundesrat konstruktiv mit den anderen Bundesländern zusammenarbeitet. Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie endlich zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bereit ist. Wir in diesem Hause jedenfalls werden unsere Beiträge dazu leisten.

Dem Einzelplan 10 werden wir unsere Zustimmung so, wie vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen, nicht geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Nunmehr spricht Herr Abg. Gorlas für die Fraktion der SPD. Ich erteile ihm das Wort.

(Dautzenberg (CDU)): Da kommt der Mann, der die Zertifikate für Tannenbäume verteilt!

Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neuhaus, Sie haben vorhin eine Fülle von Anträgen zitiert, die Ihre Fraktion in dieser Legislaturperiode gestellt hat. Nun sind wir ja beide in demselben Ausschuß. Ich mußte lange überlegen. Ich kann mich nämlich gar nicht daran erinnern, daß wir uns im Ausschuß mit Ihren Anträgen auch nur annähernd beschäftigt hätten.

(C)

(Jacobs (CDU)): Das liegt an Ihrem Demokratieverständnis! Sie lehnen ab, sie zu beraten! Sie lehnen ab, bevor sie zugelassen werden!)

- Herr Kollege, seien Sie vorsichtig. Vor Ihnen sitzt der Ausschußvorsitzende.

(Zuruf von der CDU: Der ist gut!)

Kränken Sie nicht den Ausschußvorsitzenden.

(Beifall bei der SPD)

Unterstellen Sie ihm nicht, daß die Tagesordnung nicht er, sondern die SPD-Fraktion mache.

Es ist sogar noch schlimmer:

(Jacobs (CDU)): Sie lassen sie ja gar nicht zu!)

Herr Neuhaus hat als Beispiel dieses Milchergänzungsprogramm angeführt. Jetzt frage ich Sie einmal: Wer hat denn im Ausschuß gefordert, daß dies demnächst endlich auf die Tagesordnung kommt?

(D)

(Zuruf von der CDU: Wir!)

Das war doch die SPD-Fraktion. - Und wer hat für Ihren Wasserschutzzonenantrag beantragt, daß ein öffentliches Hearing durchgeführt werden soll? Doch nicht Sie; das war die SPD-Fraktion. Sie kümmern sich im Ausschuß nicht einmal um Ihre eigenen Anträge. Das müssen wir noch machen. So ist die Situation!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Gorlas, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Jacobs?

(Gorlas (SPD): Aber gerne!)

Jacobs (CDU): Herr Gorlas, sind Sie der Meinung, daß zur Lösung des Problems Wasserschutzzonen die Anhörung unbedingt notwendig war?

(Zurufe von der SPD)

- (A) Gorlas (SPD): Herr Kollege, das Hearing, das wir am vergangenen Donnerstag durchgeführt haben, hat bewiesen, daß diese Anhörung sehr notwendig war. Wenn uns das Protokoll vorliegen wird und Sie das nachgelesen haben werden, was alle Sachverständigen, von Herrn Latten von der Landwirtschaftskammer angefangen bis zu den Leuten von der Wasserwirtschaft, gesagt haben, und Sie daran den Text Ihres Antrages messen, werden Sie feststellen, wie kümmerlich er ist: daß er dem Problem auch nicht annähernd gerecht wird!

(Jacobs (CDU): Sie haben bei dem Hearing nicht zugehört! Im letzten Teil ist bestätigt worden, was wir wollen!)

- Wir werden ja sehen. Man kann schlecht nachweisen, ob einer zuhört. Ich weiß auch nicht, ob Sie jetzt zuhören. Darüber wollen wir uns nicht streiten.

Wenn man hier, meine Damen und Herren, über das Kapitel Landwirtschaft im Landeshaushalt spricht, ist es, glaube ich, unabdingbar, den Bezug zum Bund und zur Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft zu sehen; denn schließlich ist es so, daß dort die entscheidenden Rahmenbedingungen auch für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen gesetzt werden. Das bedeutet: Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe hängt vor allem von der Entwicklung auf den Agrarmärkten und damit von der Politik in Brüssel ab. Ich will das nicht vertiefen, aber darauf hinweisen, daß aufgrund der dramatisch zu nennenden Überschußlage keine durchgreifenden Verbesserungen zu erwarten sind. Das Gegenteil, so befürchte ich, wird der Fall sein: 1987 werden Preise und Einkommen erheblich unter Druck geraten, und die nordrhein-westfälische Landwirtschaft wird vor schwierigen Anpassungsproblemen stehen.

Herr Kollege Neuhaus, wenn Sie auf die Verhandlungen verwiesen haben, an denen Minister Kiechle im Augenblick in Brüssel im Marathon beteiligt ist, dann prophezeie ich Ihnen, daß wir heute oder morgen abend oder in den nächsten Tagen erfahren werden, was dabei herausgekommen ist: Ich befürchte, daß die Landwirte sich noch wundern werden, wie weit sie wieder geschröpft werden - herunter mit den Quoten bei der Milch, bei den Zahlungen für Rindfleisch, und ähnliches.

(Neuhaus (CDU): Wer hat die denn da hereinschlittern lassen?)

Die wichtigsten Ausgabenblöcke für die Landwirtschaft im Landeshaushalt sind Teil der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der

Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Für diesen Bereich stehen für unser Land im Jahre 1987 insgesamt 233 Millionen DM zur Verfügung. Davon sind, Herr Kollege Neuhaus, rund 140 Millionen DM Bundesmittel und 93 Millionen DM Komplementär-Landesmittel; das entspricht dem Verhältnis 60 : 40, wie es die Gemeinschaftsaufgaben haben.

Nun verweist die Opposition - und Sie haben es vorhin auch getan - immer wieder auf die großen Leistungen der Bundesregierung, weil sie die Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgaben 1987 um 125 Millionen DM aufgestockt hat. Ich möchte aber zur Klarstellung bemerken, daß sich diese Aufstockung nur auf die Ausgleichszulage bezieht und daß hiervon Nordrhein-Westfalen am allerwenigsten profitiert.

(Neuhaus (CDU): Und die Dorferneuerung!)

Ich muß Sie erinnern: Mein Kollege Sieg hat vor kurzem - -

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Klose: Einen Moment, Herr Kollege! Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Gorlas (SPD): Mein Kollege Sieg hat vor einigen Wochen von dieser Stelle aus schon einmal versucht, Ihnen das zu erklären, aber ich habe den Eindruck: Sie haben es noch immer nicht verstanden. - Bei diesem Ausgabenblock der Gemeinschaftsaufgaben liegen die Schwerpunkte für die Landwirtschaft in den Bereichen: einzelbetriebliche Förderung, Flurbereinigung und Dorferneuerung.

(Neuhaus (CDU): Siehste!)

- Nun gut, wer hat einen Antrag auf zusätzliche Mittel für Dorferneuerung bei den jetzigen Haushaltsberatungen gestellt? - Die SPD-Fraktion, doch nicht die CDU-Fraktion, Herr Kollege Neuhaus!

Ich möchte feststellen, wir bei den Maßnahmen der ländlichen Bodenordnung in den letzten Jahren von der einseitigen Ausrichtung auf Produktions- und Produktivitätssteigerung Gott sei Dank weggekommen sind. Die Belange des Natur- und Umweltschutzes haben immer mehr Berücksichtigung gefunden. Aber es reicht noch lange nicht aus. Angesichts der drängenden Überschußprobleme und der auch durch die Landwirtschaft bewirkten Umweltprobleme müssen die Schwerpunkte noch deutlicher in Richtung Natur- und Umweltschutz gesetzt werden.

(Gorlas (SPD))

- (A) Die SPD-Fraktion hat vor einigen Tagen eine Große Anfrage zum Thema Landwirtschaft und Landschaft eingebracht. Wir möchten von der Landesregierung Auskunft haben über die in den letzten Jahren ablaufenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, über die Auswirkungen der modernen Landwirtschaft auf Landschaft und Naturhaushalt, und über den Zustand der freien Landschaft in unserem Lande und auch über Zielvorstellungen und Schwerpunkte in der Natur- und in der Landwirtschaftspolitik.

Unverkennbar und immer spürbarer wird, daß es zwischen der modernen Landwirtschaft und dem Natur- und Landschaftsschutz schwerwiegende Nutzungskonflikte gibt. Wir haben das gerade in der Anhörung am letzten Donnerstag zu dem CDU-Antrag "Ausweisung von Wasserschutzzonen" erfahren. Nicht nur der Nitratgehalt im Grundwasser nimmt besorgniserregend zu, sondern es drohen auch Gefahren durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Ich meine, wir sollten alle miteinander dieses Problem sehr ernst nehmen und alles tun, damit wir unsere Bevölkerung auch weiterhin mit gesundheitlich einwandfreiem Trinkwasser versorgen können. Überall lauern die Gefahren der Chemie: Boden- und Gewässerschutz müssen weiter Schwerpunkte vorsorgender Umweltpolitik bleiben.

- (B) Da Land- und Forstwirtschaft nun einmal in der Fläche wirtschaften, haben Landwirte und Forstwirte eine besondere Verantwortung für den Schutz von Böden und auch von Gewässern. Gleichzeitig kann eine vorsorgende Umweltpolitik zu besonderen Belastungen vor allen Dingen der Landwirtschaft führen. Die Anhörung am letzten Donnerstag hat uns gezeigt, daß auch für die Landwirtschaft der Grundsatz der Sozialpflichtigkeit gilt und nicht, wie die CDU in ihrem Antrag glauben machen will, außer Kraft zu setzen ist, und daß die durch den Bundesgesetzgeber neu geschaffene Ausgleichsregelung des § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes rechtlich sehr unpräzise und zweischneidig für die Landwirtschaft ist und daß man die Probleme der Umsetzung letztlich den Ländern "vor die Tür gekippt" und der Bund sich dabei der Verantwortung entzogen hat.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Diese Mitverantwortung hat der Bund, weil er nach dem Raumordnungsgesetz für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Sorge zu tragen hat.

Landesregierung und Landtag - das heißt wir alle - müssen im nächsten Jahr hierzu eine Lösung finden. Die SPD-Landtagsfraktion wird

- (C) sich für einen Interessenausgleich einsetzen, wobei dem Schutz des lebensnotwendigen Gutes Wasser Vorrang einzuräumen ist, aber die Interessen der Land- und der Forstwirtschaft gewahrt bleiben müssen.

(Neuhaus (CDU): Da bin ich aber gespannt!)

- Sie werden sich wundern, Herr Kollege. Es wird besser sein als das, was in Ihrem Antrag steht.

(Neuhaus (CDU): Ihr habt doch überhaupt nichts zu Papier gebracht! Ihr habt nichts fertiggebracht!)

- Ich habe immer gedacht, wir hätten ein ausgezeichnetes Landeswassergesetz gemacht! Aber Sie wechseln die Argumente offensichtlich immer so, wie es gerade paßt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Der landwirtschaftliche Teil des Haushalts, meine Damen und Herren, über den ich hier spreche, trägt der schwierigen Lage der Landwirtschaft Rechnung, ohne das Gebot der Konsolidierung zu verletzen. Das gilt auch für den Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege, der im übrigen vor allen Dingen der Landwirtschaft zugute kommt. Die SPD-Fraktion unterstützt die Politik der Landesregierung, einen Interessenausgleich zwischen Landwirtschaft und Naturschutz herbeizuführen.

(D) Lassen Sie mich nun zu dem Entschließungsantrag, den die CDU-Fraktion zu diesem Haushalt vorgelegt hat, noch einige Bemerkungen machen! Herr Kollege Strehl ist schon zum Teil darauf eingegangen. - Dieser Antrag ist nun wirklich nicht so, wie man ihn von Ihnen erwarten könnte und wie das Problem es eigentlich auch gebietet.

Sie haben beispielsweise aufgezeigt, daß die ordnungsbehördlichen Aufsichtsmaßnahmen gegen die Unfälle bei Chemieunternehmen am Rhein nicht ausreichend wirksam gewesen sind. Was heißt das denn? Heißt das, daß diese Maßnahmen in Basel nicht wirksam waren, daß sie in Ludwigshafen nicht wirksam waren? Das mag ja sein, aber das ist nicht unser Bier. Sie können doch aber nicht behaupten, die ordnungsbehördliche Aufsicht in Nordrhein-Westfalen wäre nicht wirksam gewesen, es sei denn, Sie meinten etwas ganz anderes. Die ordnungsbehördliche Aufsicht in Nordrhein-Westfalen hat, als die Giftwelle den Rhein herunter kam, ausgezeichnet funktioniert!

(Wendzinski (SPD): Sehr wahr!)

(Corlas (SPD))

- (A) Sie schreiben in Ihrem Antrag, die Verantwortung für die Kontrolle sei Landessache. Das ist im Prinzip richtig. Aber Herr Kollege Ruppert hat vorhin bereits darauf hingewiesen - und in diesem Punkt stimme ich mit ihm überein -: Wir Deutschen haben offensichtlich häufig die "Macke", möglichst viel zu messen, zu messen, zu kontrollieren und gar nicht zu fragen, ob wir damit das Problem lösen. Ich meine, selbst die perfekte Meßkette an unseren Flüssen vermindert nicht unbedingt auch die Belastung dieser Flüsse.

Die in dem Antrag aufgestellte Forderung nach Vorsorge in der Umweltpolitik kann sich doch nicht in erster Linie auf das Messen und auf das Kontrollieren beziehen. Die Frage, die hier gestellt wird, ist eine ganz falsche Frage, weil sie sich nur auf die Kontrolle erstreckt.

Vorsorgende Umweltpolitik heißt doch in erster Linie Präzisierung und Verschärfung der rechtlichen Grundlagen, und das bedeutet zum Beispiel: verursacherunabhängige Haftung - als ein Punkt -, Auflagen zur Sicherung bei Unglücksfällen - ein weiterer Punkt -, Änderung der Mindestanforderungen zum Abwasserabgabengesetz, Vermehrung der Abwasserabgaben-Parameter beispielsweise und schlicht und einfach auch die Erhöhung der Abwasserabgabe als marktwirtschaftliches Instrument.

- (B) Alle diese Maßnahmen jedoch sind bundesrechtlicher Natur; wenn Sie sie unterstützen, finden wir das gut. Aber sagen Sie es auch in Bonn weiter oder stärken Sie dem Minister morgen bei der Umweltministerkonferenz mit uns gemeinsam den Rücken!

(Beifall bei der CDU - Dorn (F.D.P.): Wir sind morgen im Landtagsplenum und nicht bei der Konferenz der Umweltminister!)

Vorsorgende Umweltpolitik ist das, und vorsorgende Umweltpolitik ist auch, alles zu tun, damit Grundwasser nicht mit Pflanzenschutzmitteln verseucht werden kann.

Und an dem Punkt eines: Wenn Sie heute in der "Westdeutschen Allgemeinen" oder in der "Neue Ruhr Zeitung" die Meldung über das Atrazin im Trinkwasser in Duisburg gelesen haben, das aus der Wassergewinnungsanlage in Haltern kommt, dann, meine ich, muß uns das doch wirklich sehr zu denken geben. Es ist gut und auch tröstlich, daß es nicht gesundheitsgefährdend ist; aber es muß doch für uns ein Alarmsignal sein, das in nächster Zeit zum Umdenken und zum Handeln zu

führen hat. Das ist dann vorsorgende Umweltpolitik!

(Der Redner trinkt einen Schluck Wasser. - Paus (CDU): Das ist "Wasserpolitik"! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, zu Ihrem Antrag möchte ich sagen: Ich habe den Eindruck, die CDU redet nur; wir haben gehandelt! Wir haben mehr Stellen für das Landesamt für Wasser und Abfall gefordert, und wir werden ihre Schaffung heute beschließen.

- Wenn Sie vorsorgenden Umweltschutz, wenn Sie mehr Umweltschutz fordern wollen, dann können Sie dazu einen Beitrag leisten: Stimmen Sie dem Haushalt zu!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Ach, ach!)

Frau Vizepräsident Friebe: Danke sehr. - Für die Fraktion der F.D.P. darf ich nun Herrn Abg. Ruppert das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Ruppert (F.D.P.): Frau Präsidentin! Herr Kollege Corlas, wir können ja über manches miteinander reden; das wissen Sie. Aber dem Haushalt können wir nicht zustimmen. - Das gleich vorweg!

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

Aber nun zu unserem Thema: der Landwirtschaft! - Wir haben hier ja eine sehr interessante Debatte über die Ansprüche an den ländlichen Raum gehabt. Dabei haben wir zum Ausdruck gebracht, daß unserer Auffassung nach diese Ansprüche an den ländlichen Raum heute wohl deshalb so groß sind, weil in den Verdichtungsgebieten nicht immer ordnungsgemäß die Belastbarkeit des Naturhaushalts beachtet worden ist.

Der ländliche Raum darf aber nach unserer Überzeugung nicht Reserveraum für die Ansprüche der Großstädte sein - kein Reserveraum für Wasserschutzgebiete und Mülldeponien, für Landschaftsschutz und Naturschutz, für Bergehalde und alles das, was die Städte nicht haben wollen und wofür sie keinen Platz mehr haben.

Der ländliche Raum muß seine eigene Chance zur Gestaltung bekommen; er darf nicht der "Reparaturbetrieb" für die Mängel der Großstädte sein. Es fehlt - und wir brauchen mehr davon - an ausgleichender Gerechtigkeit zwischen Anspruch und Leistung.

Zweite Bemerkung! Wir haben am Donnerstag das Hearing zu § 19 Abs. 4 des Wasserhaus-

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) haltsgesetzes gehabt. Wir sehen in dieser Bestimmung, die von der Mehrheit in Bonn - Koalition von CDU und F.D.P. - eingefügt worden ist, einen guten Ansatz. Die Landwirte haben jetzt einen Ausgleichsanspruch, wenn sie in Wasserschutzzonen ihren Grund und Boden nicht mehr so bewirtschaften können, wie sie es könnten, wenn es keine Wasserschutzzonen wären, wie sie es vorher konnten und wie ihre Kollegen außerhalb solcher Zonen das können.

Jetzt ist die Landesregierung, jetzt sind Sie, Herr Minister Matthiesen, gefordert - Sie sind gefordert angesichts unterschiedlicher Bodenarten, angesichts unterschiedlicher Bodentypen, unterschiedlicher Landnutzung, unterschiedlicher Betriebsgrößen und -strukturen, angesichts der doch gewaltigen Unterschiede in den Regionen zwischen Eifel und Niederrhein, zwischen Sauerland und Münsterländer Bucht, zwischen Siegerland und Soester Börde -, angesichts dieser Differenzen eine individuelle Regelung zu schaffen.

Sie aber wollen - das ist unser Eindruck - hier Verantwortung wegschieben. Sie wollen eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet. Das haben Sie jedenfalls gefordert. Für uns ist das der falsche Ansatz.

- (B) Wir fragen: Welche Vorstellungen hat die Landesregierung hinsichtlich der Umsetzung des § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes? Die Länder sind aufgefordert, ihre eigenen Vorstellungen so zu koordinieren, daß es in der Agrarpolitik kein Auseinanderlaufen gibt. Das kann doch aber kein Grund sein, eigene Vorstellungen nicht zu entwickeln oder die eigenen Vorstellungen nicht darzulegen. Da liegt doch der Verdacht auf der Hand: Nordrhein-Westfalen hat keine eigenen Vorstellungen.

(Neuhaus (CDU): So ist es! - Weitere Zurufe)

Der vergangene Donnerstag hat uns eines gezeigt: Es besteht ein Ausgleichsanspruch. Man darf auch nicht versuchen, ihn wegzudefinieren, indem man nämlich so tut, als sei ordnungsgemäße Landwirtschaft in einem Wasserschutzbereich nur die Art von Landwirtschaft, die das Wasserschutzbereich verträgt. Nein, es ist anders. Wenn ich dort nicht mehr so wirtschaften kann wie irgendwo anders, dann - das ist der Sinn von § 19 Abs. 4 - entsteht der Ausgleichsanspruch, und dieser muß vernünftig geregelt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie also stellt sich die Landesregierung die Finanzierung vor? Aus allgemeinen Steuermitteln, über einen Wasserpfeffig - ich sage Ihnen gleich, daß wir dagegen sind; das ist mit uns nicht zu machen -, über freiwillige Vereinbarungen zwischen Wasserwerk und Landwirt, über Bewirtschaftungsverträge, über die Pacht von Flächen durch Wasserwerke? Das sind verschiedene Möglichkeiten. Womöglich gibt es im Zusammenhang mit allen Krach.

(Minister Matthiesen: Ja, bei allen!)

- Herr Minister, Sie kommen aber nicht darum herum: Sie müssen sich entscheiden. Sie müssen hier eine Vorlage einbringen.

Nächster Punkt: Das Land - das ist auch beim letzten Haushalt ein Streitpunkt gewesen - will für mehr als 30 Millionen DM Naturschutzflächen ankaufen. Durch den Ankauf dieser Flächen wird das Land ohne Zweifel zum Großgrundbesitzer. Wir halten das für den falschen Weg. Unsere Zielsetzung ist eine andere. Wir meinen, langfristige Pacht wäre besser als Ankauf durch das Land. Wir meinen auch, daß kurzfristig so eher Erfolge zu erzielen sind, auch wenn wir damit natürlich langfristige Verpflichtungen eingehen. Das muß uns der Naturschutz aber wert sein.

Meine nächste Bemerkung bezieht sich allgemein auf die Naturschutzpolitik. Bevor ordnungsbehördliche Verordnungen erlassen werden, muß verhandelt werden. Das muß das durchgehende Prinzip sein. Wenn auf dem Verhandlungswege das gleiche Ergebnis erzielt werden kann wie mit einer Verordnung, muß man der freiwilligen Vereinbarung immer den Vorzug geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine weitere Bemerkung! Ich denke, wir werden uns, wenn wir über Landwirtschaftspolitik reden, schnell darüber einig, daß in der heutigen Situation in der Europäischen Gemeinschaft Flächen aus der Produktion herausgenommen werden müssen. Daran geht kein Weg vorbei. Die Frage ist aber natürlich: Ist der Landwirt dann als erster gefordert? Kann er gefordert sein? Er muß doch erst einmal sehen, daß er über die Runden kommt, daß er überleben kann. Er muß gewinnorientiert arbeiten. Man kann nicht erwarten, daß er freiwillig, von sich aus Flächen aus der Produktion nimmt. Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Wie sieht es im Lande Nordrhein-Westfalen aus? Auch das Land hat Flächen. Kann es nicht mit gutem Beispiel vorangehen?

(C)

(D)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Als letztes Thema möchte ich die Weihnachtsbaumkulturen ansprechen. Darüber haben wir auch schon einmal diskutiert. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dieses Thema erneut anzuschneiden. Natürlich können Weihnachtsbaumkulturen in den Mittelgebirgstälern zu einem Problem werden. Aber ist die Anpflanzung von Weihnachtsbäumen deswegen gleich ein ausgleichspflichtiger negativer Eingriff in die Landschaft?

(Neuhaus (CDU): Nein!)

Muß man es so bewerten? Muß es sein, daß nach ästhetischen Gesichtspunkten von Fall zu Fall durch Beamte der unteren Landschaftsbehörde entschieden wird?

(Neuhaus (CDU): Nein!)

Muß es so sein, daß jetzt die Verwaltungsgerichte in Mengen damit beschäftigt werden, wenn die unteren Landschaftsbehörden Genehmigungen für die Anpflanzung von Weihnachtsbäumen und ähnlichen Baumkulturen nicht geben? Ich sehe das eher als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme an. Da ich auch justizpolitischer Sprecher meiner Fraktion bin - auf dieses Thema werde ich nachher noch einmal kommen -, muß ich Ihnen sagen: Es gibt gar keinen Arbeitsbeschaffungsbedarf bei der Justiz dieses Landes. Sie ist genug, ist im Übermaß beschäftigt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

- (B) Die Art und Weise, wie dieses Gesetz eingebracht wurde, ist bezeichnend. Ich bedaure, Herr Kollege Gorlas - Sie sind gerade dabei, hinauszugehen -, wie die SPD vorgeht und was sie unter Kooperation versteht. Es findet keine Information und keine Diskussion mit den Betroffenen statt. Das ist Arroganz der Macht nach dem Motto: Wir haben die Mehrheit; was scheren uns Argumente?

(Gorlas (SPD): Das ist aber mager!
- Neuhaus (CDU): Mehrheit ist Wahrheit!)

- Mehrheit ist eben nicht Wahrheit, Herr Kollege Gorlas. Das ist nicht neu. Auch in den Haushaltsberatungen im Agrarausschuß war das zu sehen. Um aber richtig verstanden zu werden: Unsere Kritik an der Lex Weihnachtsbaum heißt ja nicht, daß wir Tannenbaumkulturen in beliebiger Größe und überall gerne sähen oder schön fänden. Es kann doch aber nicht angehen, daß wir jede kleine Aufforstung, jede kleine Baumschule nun bürokratisch kontrollieren. Man muß doch auch einmal die Proportionen sehen, man muß sehen, in welchem Verhältnis das Problem zu

dem steht, was wir bürokratisch tun sollen. (C)
Der Weihnachtsbaummarkt ist seinem Wesen nach nun einmal quantitativ begrenzt. Die Weihnachtsbaumkulturen bringen für viele Landwirte mit Grenzertragsböden oder in Mittelgebirgslagen und auch für viele private Waldbesitzer einen notwendigen finanziellen Ausgleich, gerade auch angesichts der Waldschäden und der damit steigenden Kosten und sinkenden Erlöse. Diesen Ausgleich sollte man ihnen nicht nehmen, und man sollte sie auch nicht bürokratisch gängeln.

Muß denn, Herr Kollege Gorlas - jetzt ist er endgültig weg; aber für die anderen Kollegen gilt das auch -, der Weihnachtsbaum in Ihrer Stube wirklich aus Dänemark kommen? In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Fest.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung spricht Herr Minister Matthiesen; ich erteile ihm das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich auf wenige Abschlußbemerkungen beschränken, aber muß natürlich auch hier wiederholen, was ich letztes Jahr bereits gesagt habe: Es kann nicht angehen, Herr Kollege Neuhaus, daß wir im nordrhein-westfälischen Landtag eine ernsthafte Debatte über Agrarpolitik führen, dabei als Adressaten nur die Landesregierung nehmen und, weil es parteipolitisch so schön in den Kram paßt, ganz verschweigen, daß wir eine Bundesregierung mit sehr viel mehr agrarpolitischen Zuständigkeiten und eine europäische Agrarpolitik haben, in der wirklich über das Schicksal der deutschen Landwirte, auch derjenigen in Nordrhein-Westfalen, entschieden wird. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Es kann nicht angehen und hingenommen werden, daß Sie immer wieder - sozusagen um die europäische und natürlich vor allen Dingen die Bundeseite in ihrer Verantwortung für das Schicksal unserer Landwirte zu entlasten - nur mit dem Finger auf Nordrhein-Westfalen, auf die Verantwortung der Landesregierung zeigen, wenn Sie wissen, daß unsere Verantwortung im Rahmen einer ganz begrenzten Zuständigkeit nur äußerst gering ist.

(Jacobs (CDU): Die schöpfen wir aber aus, Herr Minister!)

- Frau Präsidentin, der Herr Kollege möchte eine Zwischenfrage stellen.

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Er hat sich aber nicht gemeldet; deshalb kann er das Wort von mir auch nicht bekommen.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Schade, weil Herr Jacobs für mich immer Chance und Herausforderung zugleich ist, wenn er sich nur meldet. Er gehört nämlich auch zu denjenigen - das darf ich einmal sagen -, die landauf, landab in den Versammlungen den Landwirten erzählen wollen, obwohl die das gar nicht mehr glauben, der Minister Matthiesen und die Landesregierung entschieden über deren Schicksal, wenn er doch weiß, daß über das Schicksal der Landwirte in Nordrhein-Westfalen zuallererst in Brüssel, in zweiter Linie in Bonn und, wenn überhaupt, noch ein bißchen in Nordrhein-Westfalen selbst entschieden wird.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Jacobs (CDU))

- Nein, nein, mein Lieber! Diese Unredlichkeit in der agrarpolitischen Diskussion können Sie draußen machen, wenn Sie allein sind, aber nicht, wenn ich dabei bin! Dann kriegen Sie es zurück.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen die Preiseinbrüche, Sie kennen die Einkommenseinbrüche der letzten Jahre. Ich könnte Ihnen ja die Zahlen im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 1982/83 hier vortragen.

(B)

(Neuhaus (CDU): Die habe ich!)

- Dann ist es ja gut. Dann wissen Sie, daß die deutsche Landwirtschaft wie nie zuvor in den letzten Jahren und Jahrzehnten in einer tiefen Existenzkrise steckt. Und dies hier auch noch der Landesregierung anlasten zu wollen, ist - ja, ich sage es - unverschämt. Unverschämt ist das! Denn es hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Das ist das Ergebnis einer verfehlten europäischen Agrarpolitik.

(Zuruf des Abg. Jacobs (CDU))

- Schauen Sie sich einmal die Überschußprobleme an, wie sie bei Übernahme durch die Regierung Kohl waren, und schauen Sie sich einmal die Überschußprobleme an, wie sie heute bestehen. Ich sage nicht, daß Ignaz Kiechle sozusagen bei Stunde Null hat anfangen können. Er hat auch etwas übernommen. Aber wie er es getan hat und mit welchen Instrumenten, das hat das bittere Schicksal vieler Landwirte in unserem Lande noch verstärkt und ihre Situation verschlechtert. Da setzt meine Kritik an. Oder

wollen Sie etwa im Ernst diese dilettantisch durchgeführte und auch als falsches Instrument angesetzte Milchquotenregelung, die Tausende von Landwirten in den Ruin gedrückt hat, nachträglich als hervorragendes agrarpolitisches Steuerungsinstrument rechtfertigen? Das können Sie doch im Ernst nicht! Wenn Sie es tun, drohen Ihnen draußen die Berufskollegen oder die Landwirte Prügel an, wenn Sie das rechtfertigen, was die teilweise umgebracht hat.

(Zuruf des Abg. Jacobs (CDU))

- Nein, nein, meine Damen und Herren! Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft mit Überschüssen ungeheuren Ausmaßes zu tun. Allein 50 Milliarden an Marktorordnungskosten in 1985, 25 Milliarden für die Lagerhaltung! Gleichzeitig werden unsere Landwirte gezwungen, aus Böden und Tieren herauszuholen, was drin ist - mit den Folgewirkungen, mit denen wir zunehmend zu tun haben werden, vom Grundwasser angefangen bis zu anderen Schädigungen. Und wenn dies dann unter dem Strich auch noch nicht einmal zu einem ausreichenden Einkommen für unsere landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe führt - eine solche Politik, meine Damen und Herren, ist nicht mehr hinnehmbar! Ich würde die CDU-Opposition herzlich auffordern wollen, endlich einmal zusammen mit der SPD und der Landesregierung diese Politik zu kritisieren, damit Änderungen herbeigeführt werden!

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen reden Sie kein kritisches Wort über diese europäischen Fehlentwicklungen und machen hier politische Anwürfe an die Landesregierung -

(Jacobs (CDU): Wir machen hier die Agrarpolitik!)

- Schauen Sie: Sie haben nichts gelernt. Das ist ja das, was mich so irritiert, wenn Sie schreien: Hier machen wir Agrarpolitik! Ich habe Ihnen gerade in der letzten Viertelstunde erklärt, daß wir hier nur eine sehr begrenzte Agrarpolitik machen und in Brüssel sehr viel mehr. Das müssen Sie doch einmal lernen können, selbst wenn es von mir kommt!

(Beifall bei der SPD)

Außerdem vermittelt sich das doch allen Landwirten, wenn man den Kampf meines Kollegen Kiechle bis an den Rand der körperlichen Erschöpfung anschaut. Ich spreche ihm auch meine Hochachtung dafür aus. Das ist

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) nicht einfach, so ein Marathon in Brüssel durchzuhalten. Dadurch vermittelt sich ja der bundesdeutschen Fernsehzuschauerwelt, daß die Eckdaten für die Zukunft der Agrarpolitik nicht in Düsseldorf, sondern in Brüssel gesetzt werden.

Deshalb bitte ich Sie, damit wir endlich einmal diese blöden Grabenkämpfe überwinden, die uns sowieso keiner draußen im Lande mehr glaubt, daß wir jedenfalls insoweit zu einem Stück Gemeinsamkeit zurückfinden, als wir uns mit unserer Kritik und mit unseren Sorgen, die wir ja haben müssen, an den oder die Adressaten wenden, die wirklich politische Verantwortung für diese Fehlentwicklungen tragen.

Und Fehlentwicklungen haben wir doch! Die Vorschläge der SPD, meine Damen und Herren - daran will ich kurz erinnern -, sind seit vielen Monaten auf dem Tisch, 1985 im Bundesrat einstimmig verabschiedet: Vorschläge zum Abbau der Überschüsse, für markgerechtere Preisgestaltung und ergänzenden direkten Einkommensausgleich bei Beibehaltung des vollen Außenschutzes. Alle CDU/CSU-geführten Bundesländer waren damals mit uns der Meinung: Das ist das einzige Konzept, um von diesen Überschüssen herunterzukommen, um überhaupt wieder Spielräume für ein bißchen aktive Preispolitik zu schaffen.

- (B) Dann gab es Wahlkämpfe in Niedersachsen, an anderen Orten und in Bayern, die guten Vorsätze wurden vergessen, und Kiechle landete wieder dort, wo er war: Mengenreduzierung durch Quoten und gleichzeitig die Preise rauf! Gescheitert ist er, der verehrte Herr Kollege Kiechle, auf der ganzen Linie; denn die Mengen nehmen immer mehr zu, und die Preise gehen, für die Landwirte immer mehr spürbar, in den Keller - gescheitert auf der ganzen Linie!

(Zustimmung bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, jetzt gibt es eine Zwischenfrage.

(Minister Matthiesen: Oh ja, mit dem größten Vergnügen!)

- Bitte schön, Herr Jacobs!

Jacobs (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß gerade in dem Bereich, den Sie ansprechen, nämlich bei der Milchmarktregelung, der Preis im letzten Jahr um 1,4 % gestiegen und nicht heruntergegangen ist? Ist Ihnen weiter bekannt, daß die Regelung der Überschüsse genau das Problem ist, das

Minister Kiechle augenblicklich in Brüssel mit der gesamten Standfestigkeit, die er hat, gegen den Willen der europäischen Nachbarn durchzusetzen versucht?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: "Standfestigkeit" würde ich noch nicht unterschreiben wollen; zunächst würde ich unterschreiben: "Körperfülle". Ob daraus politische Standfestigkeit wird, werden wir heute nacht noch erleben.

Bei der Milch haben Sie recht. Nur antworte ich darauf: Die Landwirte leben doch nicht von Milch allein; sie leben von Rindfleisch, Schweinepreisen und Getreide, und alle diese Preise sind in den Keller gegangen, teilweise um über 10 %.

(Zuruf des Abg. Jacobs (CDU))

- Verehrter Kollege Jacobs, deshalb sage ich Ihnen: Dieses Konzept geht nicht auf, und weil es nicht aufgeht, ist Herr Kollege Kiechle jetzt nach Brüssel gefahren und macht den Vorschlag der Mengenreduzierung bei der Milch mit seiner gleichzeitigen Forderung nach direktem Einkommensausgleich, und, völlig unbemerkt von der CDU dieses Landes, hat Herr Kiechle dort ideologisch einen Schwenk vollzogen. Er hat nämlich die Position der SPD, die wir seit anderthalb Jahren vertreten, exakt zu seiner Verhandlungslinie in Brüssel gemacht.

(Dr. Linssen (CDU): Nein, das ist nicht wahr!)

Das tut er doch nicht, weil er so SPD-freundlich ist, sondern das tut er, weil er mit allen anderen Konzepten gescheitert ist und weiß, daß, wenn er aus Brüssel nichts mitbringt, von den Landwirten in den deutschen Ländern politisch die Prügel für diese gescheiterte Politik bezieht.

Deshalb bitte ich Sie, sensibel diese agrarpolitische Entwicklung wahrzunehmen - auch an differenzierten Meinungsbildungsprozessen innerhalb der Bundesregierung. Sonst kann es Ihnen passieren, daß Sie gar nicht mehr auf den fahrenden Zug aufspringen können, sondern irgendwo auf dem Bahnhof der Zurückgebliebenen stehenbleiben.

Eine letzte Bemerkung: Wir werden unsere Politik des Ausgleichs der Interessen unserer Landwirte mit dem Naturschutz fortsetzen, und wir haben mittlerweile viele gute Beispiele. Ich erinnere an das Feuchtwiesenprogramm, an das Mittelgebirgsprogramm, und ich erinnere an die neuesten Vereinbarungen, bezogen auf die Gänserastplätze. Das ist von

(Minister Matthiesen)

- (A) Ihnen sehr stark mit Mißtrauen begleitet gewesen, auch aus der Sicht der F.D.P.

Ich habe in Absprachen mit den Präsidenten der Landwirtschaftsverbände und den Kammern immer gesagt: Gute Politik muß man nur durchhalten; sie wird sich durchsetzen, und sie wird mehr und mehr Akzeptanz finden! - Die Entwicklung gibt uns recht.

Alle die besorgten Landwirte, die zunächst geglaubt haben, dieser Naturschutz wäre ein Bedrohungsinstrument für ihre landwirtschaftliche Existenz, machen mittlerweile, meine Damen und Herren, die Erfahrung - teilweise auch die heilsame -, daß bei vernünftigen Konzepten das Dach des Naturschutzes für sie keine Bedrohung ist, sondern heute eine Chance, sich bei verminderten Einkommensmöglichkeiten durch traditionellen landwirtschaftlichen Betrieb ein zweites oder drittes Einkommensbein zu schaffen und damit überhaupt erst die Voraussetzungen für die Beibehaltung der landwirtschaftlichen Existenz zu sichern.

- (B) Ich denke deshalb, daß dies ein Stück Zukunft hat - nicht weil wir Brüssel oder Bonn ersetzen können oder wollen. Wir sind nicht der Reparaturbetrieb für eine verfehlte Brüsseler Agrarpolitik; aber wir können mit unseren bescheidenen Möglichkeiten - auch durch Formen der kooperativen Zusammenarbeit und des vertrauensvollen Miteinanders der Verbandsspitzen mit der Landesregierung - eine Politik befördern, die dem Naturschutz dient und gleichzeitig, soweit es geht, ein paar hundert oder ein paar tausend sonst nicht existenzfähige Landwirte über die Runden bringt.

In diesem Sinne, Herr Kollege Ruppert, und in diesem Geiste werden wir auch den § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes politisch und gesetzgeberisch ausfüllen. Nur erwecken Sie bitte weder hier im Landtag noch in der Öffentlichkeit den Eindruck, das sei so ein passant ein ganz leichtes Unterfangen.

Es ist die schwierigste Rechtsmaterie, die der Bundesgesetzgeber in den letzten Jahren überhaupt allen Landesgesetzgebern zur Umsetzung aufgegeben hat, weil der Bundesgesetzgeber es entgegen unserer Empfehlung bei unbestimmten Rechtsbegriffen belassen hat und die Entschädigungsleistung - die wir ja auch politisch für richtig halten und wollen - an ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft gekoppelt hat, und Sie wissen aus der Fachdiskussion, daß Ihnen heute niemand sagen kann, was das ist, weil es zwischen Münsterland, Sauerland, Eifel und Niederrhein sehr unterschiedliche Formen mit sehr unter-

- (C) schiedlichen Praktiken der Landbewirtschaftung gibt und jeder Landwirt dort subjektiv das Gefühl hat, er betreibe ordnungsgemäße Landwirtschaft, und dennoch wissen muß, daß auch bei einem solchen ordnungsgemäßen Betrieb Belastungen für das Grundwasser und darüber hinaus entstehen.

Deshalb ist es eine schwierige Rechtsmaterie, und deshalb ist die Landesregierung gut beraten, zwei Dinge zu tun, nämlich erstens aus Respekt vor dem Parlament auf das Ergebnis des Hearings zu warten. Was hätten Sie wohl als freigewählte Volksvertreter zu der Landesregierung gesagt, würden wir einen eigenen Vorschlag präsentieren, obwohl Sie gleichzeitig ein öffentliches Hearing, ausgehend von einer Initiative aus dem Parlament, beschlossen haben?

Zweitens sind wir gut beraten, Herr Ruppert, den Versuch zu unternehmen - mehr kann es ja nicht sein -, ein möglichstes Gleichmaß an Umsetzung in allen Bundesländern zu erreichen, weil es doch in der Praxis keinen Sinn machen kann, daß wir an der Grenze zu Niedersachsen oder zu Rheinland-Pfalz in einem Abstand von hundert Metern jeweils ganz unterschiedliche Rechtsentwicklungen und Gesetzestatbestände haben. Das kann doch nicht der Sinn der Übung sein. Von daher ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, für so viel bundesweite Einheitlichkeit im Vollzug des § 19 Absatz 4 durch die Landesgesetzgeber zu sorgen, wie das bloß irgend geht. Wenn sich herausstellen sollte, daß das nicht geht, dann werden wir uns nicht gebunden fühlen, nichts zu tun, sondern dann werden wir unsere Pflicht tun, und da gibt es auch Vorüberlegungen.

Insofern, meine Damen und Herren, zeigen diese Kritikpunkte auch, daß sie in der Sache nicht berechtigt sind, weil sich die Landesregierung natürlich sehr genau überlegt hat, warum sie das eine tut und warum sie das andere unterläßt.

Am Schluß, Herr Kollege Neuhaus: Ich kann in Ihrem Interesse, aber auch im Interesse des Kollegen Kiechle, nur hoffen, daß das, was sich zur Zeit in Brüssel abspielt, zu positiven Ergebnissen für die deutsche Landwirtschaft führt. Nach dem, was mir an Zwischenergebnissen um das Konferenzgeschehen herum übermittelt worden ist, muß ich heute noch sehr besorgt sein. Ich glaube - und Sie glauben es hoffentlich mit mir -, daß die Grenze dessen, was man unseren deutschen Landwirten noch zumuten kann, nicht beliebig dehnbar ist, daß es deshalb nicht nur im Interesse der Zukunft dieses Berufsstandes, sondern auch aus anderen

(Minister Matthiesen)

- (A) Gründen wünschenswert wäre, wenn die Bundesrepublik Deutschland sich bei diesen Verhandlungen so durchsetzen könnte, daß einerseits die Einkommenssituation der deutschen Landwirte vernünftig berücksichtigt wird, andererseits der Einstieg gesucht und gefunden wird in eine dringend notwendige grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik, weil die Fortsetzung der jetzigen weder für die Landwirte noch für die Steuerzahler noch für die Verbraucher und auch nicht für verantwortungsbewußte Politik zu vertreten und zu vollziehen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, das war die Beratung zum Einzelplan 10.

Ich rufe nun auf

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft,
Mittelstand
und Technologie

Ich darf die Beratung eröffnen und Herrn Abg. Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön!

- (B) Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an die Rede des Herrn Ministers noch einmal kurz auf Einzelplan 10 eingehe, da der Herr Minister hier zwar moderat angefangen hat, dann aber doch wieder in seinen alten Wahlkampfstil verfallen ist. Man merkt doch, daß er Reden für Wahlkampfeinsätze schreibt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, die CDU-Fraktion weiß sehr wohl zu unterscheiden, ob wir uns hier über Landeskonzpte unterhalten oder über Bundeskonzepte oder europäische Konzepte. Ich halte solche Vokabeln wie "unredlich" und "unverschämt", die Sie hier gebraucht haben, für der Schwierigkeit des Problems überhaupt nicht angemessen.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich zu dem Landeskonzpt etwas sagen. Sie haben hier die Aufgabe, nach § 19 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz auszugleichen. Ich darf vielleicht einmal an die Geschichte erinnern, daran, wie das denn gelaufen ist. Sie haben sich seinerzeit, als der Kabinettsentwurf zum Wasserhaushaltsgesetz in Bonn vorlag, groß ins Schaufenster gehängt und gesagt: Da muß dringend Ersatz geschaf-

fen werden, da müssen berechnete Bauernforderungen eingelöst werden, da müssen Ersatzzahlungen kommen - wohl in der Erwartung, daß der Bundesgesetzgeber das nicht leisten würde. Dann hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das geändert, hat § 19 Abs. 4 hineingebracht. Und nun sind Sie leider hier im Lande in der Pflicht, denn das, was hier kommt, sind ja Landeserlasse. Dafür müssen Sie zahlen. Nun versuchen Sie den Trick, sich dem auf dem Weg über Anhörungen weiterhin zu entziehen. Die Anhörung hat ja zu genau dem gleichen Thema stattgefunden wie die in Bonn. Wir hätten uns die von Bonn nur durchzulesen brauchen. Aber okay, das kann man natürlich machen. So wollen Sie über den 25. Januar kommen, um nicht klarlegen zu müssen, daß Sie mit dem Begriff "Was ist ordnungsgemäße Landwirtschaft?" die Zahlungen des Landes reduzieren wollen. Das ist Ihre wahre Absicht. Das rührt natürlich daher, daß hier im Land kein Geld mehr da ist. Das ist doch die Crux!

(Aigner (SPD): Stellen Sie doch mal Anträge in Bonn; das ist schon lange überfällig von Ihrer Seite!)

- Große Geldforderungen an Bonn stellen, das kann ich auch. Zeigen Sie erst einmal, was Sie leisten, bevor Sie in Richtung Bonn die große Lippe riskieren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist im Grunde traurig, daß Sie nachher das wiederholt haben, was Sie vor Jahresfrist auch getan haben: daß Sie das Schicksal der Landwirte beklagen, die sich in einer riesigen Struktur Anpassung befinden. Wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, genauso wie wir bei Kohle und Stahl Struktur Anpassungen begleiten, weil wir eine soziale Marktwirtschaft haben, das auch in der Landwirtschaft zu tun. Da können Sie sich nicht bloß hinstellen und klagen, sondern Sie müssen ein Konzept vorlegen. Konzept heißt aber nicht, daß Sie von marktfähigen Preisen und von direkten Einkommensausgleichen sprechen. Ich kann mich da nur wiederholen, Herr Matthiesen: Dann stimmen Sie doch in Bonn den Zahlungen zu, die für die Landwirtschaft geleistet werden sollen! Verweigern Sie sich dem nicht! Hören Sie nicht auf Ihre Kollegen - das ist nämlich die wahre Crux der SPD-Landtagsfraktion -, die sagen: Zu einem zweiten Bauernopfer sind wir nicht mehr bereit. Das ist doch der wahre Hintergrund der ganzen Diskussion.

(Beifall bei der CDU - Nagel (CDU): Genauso ist es!)